

BULLETIN

NUMMER 1 | März 2008



.....

* 4 Bildung & Geschlecht – Gender, das bekannte Unbekannte *

* 6 Regierungsrat – UNO-Konferenz zum Altern *

* 8 Kantonsrat – Es flackert und leuchtet über der Grosstadt *

* 12 IV-Revision – Abwehren statt integrieren *

* 16 Stadt Zug – Ortsplanung: Wachstum ohne Ende? *

.....



Inhaltsverzeichnis

2

- 3 Editorial**
Warum hohe Energiepreise ein Segen sind
- 4 Bildung und Geschlecht**
Gender – das bekannte Unbekannte
- 6 Regierungsrat**
UNO-Konferenz zum Altern
- 8 Kantonsrat**
Es flackert und leuchtet über der Grossstadt
- 9 Meinung**
Die «letzte Chance» für den Freisinn
- 10 Nationalrat**
Swisscoy-Einsatz ist illegal
- 12 IV-Revision**
Abwehren statt Integrieren
- 15 Nationalrat**
Big Brother bei der Bahn
- 16 Stadt Zug**
Die städtische Ortsplanung: Wachstum ohne Ende?
- 18 Abstimmung Eisstadion**
Niederlage in der Verlängerung
- 20 Finanzplatz Zug**
Der tiefe Fall des Bertrand Chollet
- 22 Agrotreibstoffe**
Ein Boom mit Schattenseiten (Teil 2)
- 23 Nachhaltige Ökonomie**
Zuerst das Fressen und dann die Moral
- 24 Serviceteil**
Buch
Frontal
Kino
Veranstaltungen
Adressen
Impressum

Werbung fürs Bulletin

NeuabonentInnen gewinnen!

Interessieren sich Ihre Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunde für Politik, für Zug, für eine gerechte Welt? Dann ist das BULLETIN die passende Zeitschrift!

Für jedes bezahlte Neuabo laden wir Sie zu einem Nachtessen in die alternative Monatsbar ein.

Auf bald!

Die HerausgeberInnen des BULLETINs.

Schicken Sie die Adresse fürs Abo bitte an: bulletin@ch.inter.net

«Mission statement»

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen: **Alternative Kanton Zug, Alternative Stadt Zug, Alternative Baar, Kritisches Forum Alternative Cham, Frische Brise Alternative Steinhausen, Gleis 3 Risch-Rotkreuz, Freie Wähler Menzingen, Forum Oberägeri.**

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und Umwelt

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse

- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein «Das Bulletin»

Warum hohe Energiepreise ein Segen sind

Andreas Hürlimann, Kantonsrat Alternative Kanton Zug

Früher redeten alle vom Wetter. Jetzt reden plötzlich alle vom Klima. Vom Klimawandel. Sogar US-Präsident George W. Bush, nicht gerade als Vordenker der Mächtigen dieser Welt bekannt, tut es. Aber reden hilft nicht mehr. Es muss auch wirklich etwas geschehen!

Um wirksam gegen die Misere bei Klima und Energieversorgung vorzugehen, sind die Preise für nichterneuerbare Energie noch immer viel zu tief. Will man diese erhöhen, stösst man bereits auf ein zusätzliches Problem: die weit verbreitete Angst, dass hohe Energiepreise unserer Konjunktur und Energieversorgung schaden. Dabei hat zum Beispiel der hohe Ölpreis viele positive Folgen für unsere Gesellschaft.

Ein hoher Ölpreis bewirkt weit mehr als es gute Worte oder dramatische Filmbilder vermögen. Denn steigende Preise waren schon immer ein kraftvoller Motor für nachhaltige Verhaltensänderungen. Sie betreffen auch jene, die weder in der Wirklichkeit noch in den Medien sehen wollen, wie knapp gewisse Rohstoffe und wie wichtig neue Alternativen geworden sind.

Für Haushalte wird es bei hohen Energiepreisen automatisch und ohne neue Subventionen finanziell attraktiv, Energie zu sparen, Heizungen zu erneuern oder auszutauschen, Fenster besser abzudichten, Außenwände zu dämmen und Wohnungen nicht mehr als nötig zu heizen. Nun rechnet es sich von alleine, Energiesparlampen einzuschrauben, weniger heiss zu waschen sowie sparsamer Auto zu fahren oder gleich ganz auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Aber auch bei Unternehmen hat der steigende Ölpreis schon dazu geführt, dass endlich nicht nur über Energiesparen geredet, sondern täglich auch entsprechend gehandelt wird.

Die aktuelle Kampagne von Economiesuisse betreibt hier jedoch Augenwischerei: Es wird behauptet, dass die Schweizer Wirtschaft bereits heute zu den effizientesten und klimafreundlichsten gehöre. Zahlen über den jährlichen Schweizer CO₂-Ausstoss zeugen aber von einer ganz anderen Realität. Die Schweiz gehört nach wie vor zu den Ländern mit dem höchsten Pro-Kopf-Ausstoss weltweit. In unserem Land werden immer stärkere und schwerere und somit klimaschädlichere Neuwagen gekauft. Dieser europaweit einmalige Trend zeigt klar auf, dass der Preis für nichterneuerbare Treibstoffe in der Schweiz noch viel zu gering ist.

Doch wohin steuert die Schweizer oder Zuger Politik? Nach wie vor wird des Langen und Breiten vom Märchen der Eigenverantwortung gesprochen. Dabei zeigt gerade die Entwicklung des Ölpreises, dass es keinen vernünftigen Grund gibt, sich weiter gegen eine höhere Besteuerung von nicht erneuerbaren Ressourcen zu stemmen. Dies könnte zum Beispiel auf nationaler Ebene durch eine gut ausgebaute Lenkungsabgabe auf alle nichterneuerbaren Energien geschehen oder im Kanton Zug mit einer umweltfreundlichen und anreizorientierten Motorfahrzeugsteuer. Diese Massnahmen würden unsere Gesellschaft gezielt in die gewünschte, sprich: umweltverträglichere Richtung lenken.

Der Mensch kann Raumkapseln zum Mars schicken, aber die unendlichen Möglichkeiten von Sonne oder Wind hier auf der Erde werden



Andreas Hürlimann, Kantonsrat der Alternative Kanton Zug.

bisher als Energiequellen nur wenig bis überhaupt nicht genutzt. Es gibt nichts, was kluge Köpfe nicht zu neuen und Rohstoff sparenden und ersetzenden Erfindungen inspiriert. Es gibt nichts, was grundsätzlich dagegen spricht, neue Ideen rasch und innovativ umzusetzen. Und es gibt nichts, was künftigen Generationen besser hilft, immer wieder auftretende Knappheiten rasch zu überwinden, als steigende Rohstoffpreise heute.

Auch wir Alternativen sollten den Mut haben, auf diese Marktkräfte zu vertrauen. Verabschieden wir uns von kleinen verzettelten Aktionen zu Gunsten unserer Umwelt und wagen wir den Schritt in eine anreizorientierte, nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik! ■

Gender - das bekannte Unbekannte

Marianne Aepli, Primarlehrperson*, Menzingen | Bild Marianne Aepli

4 Mädchenwelten und Jungenwelten unterscheiden sich. Als ein Ort täglicher Sozialisation hat die Schule Einfluss auf die Identitätsbildung von Kindern, daher kommt sie um die Geschlechterfrage nicht herum.

Es macht einen Unterschied, ob Leon oder Leonie spielt. Und die erste Schulklasse ist für Ramona und für Ramon eine je andere erste Klasse. Mädchenwelten und Jungenwelten sind reale Welten und sie unterscheiden sich. Was in den letzten Jahren im Kanton Zürich Diskussionen auslöste, die steigende Zahl der Maturandinnen, ist auch im Kanton Zug eine Realität. Seit Jahren machen mehr Schülerinnen als Schüler die Matura. Dieser Umstand gefährdet die Bildungswelt sicherlich nicht, trotzdem soll nach Ursachen gesucht werden. Dabei wird die Schullaufbahn von Jungen und Mädchen nach Geschlechtern beleuchtet, Unterschiede zeigen sich.

2008, im hundertsten Geburtsjahr der französischen Philosophin Simone de Beauvoir darf ihr komprimiertes geistiges Vermächtnis erwähnt werden: «Ich werde nicht als Frau geboren, ich werde zur Frau gemacht.» Dem gilt richtigerweise auch hinzuzufügen: «Ich werde nicht als Mann geboren, ich werde zum Mann gemacht.»

Das Eingemachte der Gesellschaft

Dieses Gemachte, dieses kulturell hergestellte Geschlecht mit

*Dieser Artikel ist der erste Beitrag einer Themenreihe zu «Bildung und Geschlecht». Die Autorin Marianne Aepli, Master of cultural & gender studies, arbeitet als Primarlehrerin in Menzingen sowie in der Aus- und Weiterbildung von Primarlehrpersonen in Zug und Luzern.

Merkmale, Normierungen, mit im Laufe der Zeit sich verändernden Konturen und regionalen Geschmacksnoten heisst in der englischen Sprache «Gender», das soziale Geschlecht. Ein Begriff, der sich im EU-Raum bereits durchgesetzt hat und auch in der Schweiz immer häufiger als Fachbegriff genutzt wird. Der Prozess der Mannwerdung oder die Definition des Frauseins ist nicht einfache. Wie der Liedermacher Grönemeyer bis heute fragt: «Wann ist ein Mann ein Mann?» Was Mannsein und Frausein heute heissen und beinhalten kann, ist ein grosses Forschungsgebiet (gender studies).

Um Geschlechterfragen kommt die Schule nicht herum. Die Volksschule hat den gesetzlichen Auftrag, die Gleichstellung der Geschlechter umzusetzen, eine geschlechtergerechte Schule zu sein (gender equality). Dem ist die Schule in den letzten Jahrzehnten unter anderem mit dem System des koedukativen Unterrichts begegnet, wo Mädchen und Jungen in allen Fächern gemeinsam unterrichtet werden. So wurde formal für Mädchen wie für Jungen der gleiche Zugang zur Bildung geschaffen. Das alleine macht eine geschlechtergerechte Bildung nicht aus, was sich nach 20 Jahren Koedukation auch darin zeigt, dass die Berufswahl nach wie vor stark geschlechtsspezifisch geprägt ist. Gesellschaftliche Rollenbilder sind in der Entwicklung junger Menschen oftmals wirksamer als individuelle Fähigkeiten und Eignungen.

Lernort Schule ist identitätsbildend

Als ein Ort täglicher Sozialisation hat die Schule Einfluss auf die Identitätsbildung von Kindern. Dass bei dieser Identitätsbildung beispiels-

weise Herkunft, familiäres Umfeld und auch das Geschlecht wichtige Komponenten sind, haben Bildungsinstitutionen spätestens seit den feministischen Diskussionen ab Mitte des letzten Jahrhunderts verstanden und mit verschiedenen Massnahmen darauf reagiert. Nebst der Koedukation ist heute im schulischen Alltag insbesondere die Frage von themenbezogener Buben- und Mädchenarbeit aktuell.

Dabei bewegt sich die Schule in einem Spannungsfeld: Zum einen existieren Ungleichheitsverhältnisse aufgrund bestehender Geschlechterdifferenzen, die aufgezeigt und abgebaut werden müssen, zum andern soll in der Schule sowohl der Versuch gemacht werden, normierende Geschlechtsidentitäten in Frage zu stellen, wie auch auf wirksame Geschlechterunterschiede sensibel zu reagieren. Das heisst im Klartext als erstes akzeptieren, dass Jungen- und Mädchenwelten existieren und dass sie unterschiedlich sind. Es heisst Unterschiede kennen lernen, hinterfragen, sie in der pädagogischen Arbeit auch berücksichtigen, ohne dabei Normierungen zu schaffen. Es heisst unterschiedliche Welten verbinden, wo es möglich und notwendig ist, Klischees und Stereotypen abbauen. Es heisst Kindern eine Welt mit Gestaltungsfreiheiten in Bezug auf Geschlechterrollen aufzeigen. Es soll also gezielt auf die soziale Spezies der Mädchen und Buben eingegangen werden, ohne dabei zusätzliche Gräben zu ziehen: Was ist erlaubt, was ist unerlaubt, was ist möglich, was ist unmöglich? Was sind unsere ungeschriebenen Gesetze? Was bringen sie für Vor- und Nachteile, in der Gemeinschaft, der Familie, der Schulklasse? Ramon darf einen rosa Pullover anziehen, Ramona auch. Ramon setzt sich damit in seiner Jungenwelt stark aus und verzichtet vielleicht lieber drauf. Das ist in



Geschlechtergerechte Schule ist auch eine Gleichgewichtsübung.

Ordnung. Oder er besteht darauf, dass er die Farbe Rosa mag. Das ist auch in Ordnung und mutig. Sind rosa Pullover gefährlich? Übrigens tragen erwachsene Männer mit Anzügen öfters rosa Hemden, die dürfen das auch.

Schlechtes Einparken ist lernbar

Gerne werden in dieser Diskussion biologische Unterschiede als wegweisend für soziale Entwicklung und als Begründung für geschlechtstypisches Verhalten aufgeführt. Nach allen wissenschaftlichen Untersuchungen, inklusive den Erkenntnissen aus der Neurobiologie darf das Stereotyp vom «schlechten Einparken» aber getrost vernachlässigt werden. Zu gross ist die Bandbreite der Unterschiede in den je eigenen Geschlechtergruppen, was Muskelkraft, Hormone oder Vernetzung der Hirnhälften anbelangt. So sind biologische Unterschiede vorhanden und Kenntnisse von Hormonausschüttungen auch im Bildungsbereich hilfreich, allerdings sind an diesen Unterschieden unsere gesellschaftlichen Geschlechterunterschiede nicht festzumachen. Aus den Genderstudien, die sich auch

durch die Naturwissenschaften ziehen, wird klar, dass die sozialen Einflüsse für die Definition von Geschlecht mit seinen Eigenschaften und Zuschreibungen entscheidend sind. Je nach Kultur, Religion und Zeit definiert eine Gesellschaft «weiblich» und «männlich» sehr unterschiedlich. Die Schule bleibt also als Definitionsort von «Mädchen- und Jungensachen» in ihrer Verantwortung.

Politik als Auftraggeberin

Eine Bestandaufnahme zur Genderthematik an den Schweizer Volksschulen aus dem Blickwinkel der Bildungspolitik zeigt auf, dass jene Kantone den gesetzlichen Auftrag einer geschlechtergerechten Schule am besten umsetzen, die in Bildungsfragen auch von einem Gleichstellungsbüro unterstützt werden. Der Regierungsrat des Kantons Zürich hat im Jahr 2002 zehn «Qualitätsstandards zur gleichwertigen Förderung von Mädchen und Knaben» verabschiedet. Darin werden Lerninhalte, Unterricht, Schulentwicklung und Schulperspektiven, Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen aufgeführt. Die

Standards werden regelmässig im Rahmen einer Qualitätssicherung überprüft. Im Kanton Zug ist nichts dergleichen definiert.

Doch wo Standards definiert sind, steigt das Bewusstsein und auch der Druck, Genderkompetenz in der Schule als pädagogisches Grundwissen zu verstehen. Die Pädagogische Hochschule Zürich verfügt über eine eigene Kommission zur Gleichstellung. Diese zeigte sich jüngst verantwortlich für die Herausgabe der Zeitschrift «ph akzente» mit dem Schwerpunktthema «Genderkompetenz und Schule». Im Zürcher Lehrmittelverlag wird in diesem Frühjahr ein Lehrmittel mit Unterrichtsvorschlägen zur Gleichwertigkeit von Jungen und Mädchen erscheinen. In der Ausbildung zur Lehrperson wird im Kanton Zürich Genderpädagogik und -didaktik unterrichtet, in Zug bis anhin nicht. Die Pädagogische Hochschule Luzern schafft eben eine 30%-Stelle für eine Gleichstellungsbeauftragte, von dieser Arbeit kann möglicherweise die pädagogische Hochschule Zentralschweiz, also auch die PHZ Zug profitieren. ■

UNO-Konferenz zum Altern

Manuela Weichelt-Picard, Regierungsrätin Zug
Bild El Mundo / La Crónica de León, Ausgabe vom 8.11.2007

6 Vom 6. bis 8. November 2007 trafen sich die Ministerinnen und Minister der europäischen und nord-amerikanischen Staaten unter der Schirmherrschaft der UNO-Wirtschaftskommission für Europa ECE in León/Spain zur Frage des Alterns. Neben Themen des Älterwerdens wurden die Fortschritte bei der Umsetzung des Aktionsplans von Madrid gemäss regionalem Umsetzungsplan debattiert. Schlussendlich wurde eine politische Erklärung mit 23 Punkten verabschiedet.

Der Bundesrat hat beschlossen, sich an dieser Ministerkonferenz durch Manuela Weichelt-Picard, Regierungsrätin des Kantons Zug und Vertreterin der Sozialdirektorinnen und -direktorenkonferenz (SODK) vertreten zu lassen, und wählte eine Delegation aus dem Bundesamt für Sozialversicherung, Bundesamt für Statistik und Schweizerischen Seniorenrat, die zudem von einem Mitarbeiter der SODK begleitet wurde. Die Konferenz bildete die Fortsetzung der zweiten UNO-Weltversammlung zur Frage des Alters, die im April 2002 in Madrid stattfand.

Demographische Alterung

Es nahmen 46 Staaten an der Konferenz in León teil. Die Schweiz wurde während der dreitägigen Konferenz flankiert von Schweden und Tayikistan. Während der ersten zwei Tage standen verschiedene Round-Table-Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern von NGO's, der Wissenschaft sowie weiteren Fachpersonen auf dem Programm. Der demographische Alterungsprozess wird sich nicht in allen Staaten der Region gleich entwickeln. West- und Osteuropa sowie Nordamerika sind bereits davon betroffen, während die Transitionsländer aus Zentralasien dieser

Entwicklung erst später ausgesetzt sein werden. Wie ein roter Faden zogen sich zwei Forderungen durch die vielen Referate: «Lebenslanges Lernen hört auch im Alter nicht auf» sowie «ältere Menschen haben ein Anrecht auf ein unabhängiges Leben mit Menschenwürde».

Am letzten Tag fanden die Diskussionen auf Ministerebene statt. Dabei nahm die Schreibende am Panel zum Thema «Eine Gesellschaft für alle Altersgruppen» teil. Sie betonte sowohl die individuelle als auch die gesellschaftliche Dimension der Alterung und wies unter anderem auf folgende Gegebenheiten in der Schweiz hin: 51 Prozent der freiwillig Tätigen sind 65 Jahre oder älter und 2,6 Prozent dieser Altersgruppe sind noch erwerbstätig. Weichelt-Picard betonte, dass es eine persönliche Wahl sein soll. Niemand soll gezwungen werden, über das Pensionierungsalter hinaus erwerbstätig sein zu müssen. Würde die Arbeit der Freiwilligen wegfallen, müssten vermutlich zahlreiche Kantone und Gemeinden ihre Rechnungen mit roten Zahlen präsentieren. Es ist wichtig, dass die Freiwilligenarbeit entsprechend honoriert und den Personen die nötige Wertschätzung entgegengebracht wird.

Neue Wohnmodelle

Als zweiten Aspekt erwähnte sie das generationenübergreifende Wohnen und im Speziellen das Projekt des ETH-Wohnforums in Zürich. Das Forschungsprojekt beschäftigt sich mit «Neue Wohnmodelle für die zweite Lebenshälfte». Ziel des Projekts ist es, vertiefte Erkenntnisse

über die Bandbreite, Merkmale, Ausprägungen und Erfolgsbedingungen neuerer gemeinschaftlicher Wohnformen zu gewinnen. Aus den drei Modellen

- selbstverwaltete Hausgemeinschaften
 - kombinierte Wohn- und Betreuungsangebote und kommunale Alters- und Pflegeeinrichtungen
 - private Seniorenresidenzen
- sollen ausgewählte Projekte mit Innovationscharakter aus der Schweiz und aus Deutschland evaluiert werden. Inzwischen liegen die Ergebnisse vor und werden der Öffentlichkeit im Rahmen einer Ausstellung und einer Publikation zugänglich gemacht (vgl. Kasten). Die Planung und Bereitstellung von adäquaten Wohnformen für ältere Menschen ist das eine. Die demographische Entwicklung hat jedoch auch Einfluss auf den öffentlichen Verkehr, die Erholungsräume und die Dienstleistungsbetriebe (Restaurants, Einkaufsmöglichkeiten usw.). Bei der Planung und Realisierung ist der Erreichbarkeit für ältere Menschen besondere Beachtung zu schenken.

Alter und Migration

Als weiteres Thema brachte die Schweizer Vertreterin die spezielle Situation der Schweiz als Migrationsland zur Sprache. Die Migrierenden kommen vor allem aus Deutschland, Portugal, Frankreich, Italien und Serbien. Seit 1980 nimmt der Anteil der Migrantinnen und Migranten im Alter zwischen 50 und 79 Jahren ständig zu. Dies fordert die Alterspolitik der Schweiz generell heraus und natürlich auch die Pflegenden in der Spitex, den Alters- und Pflegeheimen. Schliesslich wies sie auch auf die gesellschaftlichen Veränderungen hin. In Zukunft werden die älteren Menschen aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen, der zunehmenden Mobilität und der

Ausstellung «Ich wohne, bis ich 100 werde. Neues Wohnen 50+»
Ort: EWZ-Unterwerk Selnau
Zeit: 5. April bis 20. April 2008
<http://www.neueswohnen-50plus.ch/>



Regierungsrätin Manuela Weichelt-Picard, Delegationsleiterin der Schweiz, zusammen mit dem spanischen Arbeits- und Sozialminister Jesús Caldera.

sehr tiefen Geburtenrate immer weniger Unterstützung von ihren Familien erhalten. Dies wird für die Schweiz, die eine Gesellschaft für alle Altersgruppen sein möchte, eine grosse Herausforderung.

Bilaterale Gespräche

Auf Einladung des spanischen Arbeits- und Sozialministers Jesús Caldera Sánchez bot sich der Schweiz am Rande der Veranstaltung die Möglichkeit, in einem persönlichen Gespräch Themen wie die Situation der älteren Menschen im Allgemeinen, die Betreuung von betagten Personen, die Verlängerung des Erwerbslebens, die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben, Migration und Altern sowie die Förde-

rung der persönlichen Autonomie zu vertiefen.

Am gemeinsamen Nachtessen der Minister ergab sich die Möglichkeit für einen Austausch zwischen Schweden und der Schweiz. Schweden erarbeitet zurzeit Kriterien für die Erhaltung der Würde von älteren Menschen in den Pflegeheimen. Eine Diskussion, die auch für die Schweiz interessant sein dürfte.

Kulturelle Höhepunkte

Der Tagungsort und die Unterkunft im Parador selbst waren für sich schon ein einmaliges Erlebnis – ein ehemaliges Kloster und eine Pilgerunterkunft aus dem 16. Jahrhundert. Ein weiterer kultu-

reller Höhepunkt in León war das Pedro-de-Escobar Konzert in der berühmten gotischen Kathedrale aus dem 13. Jahrhundert, die am Jakobsweg nach Santiago de Compostela situiert ist. ■

Mehr Informationen zur Konferenz in León finden sich unter: <http://www.bsv.admin.ch/themen/internationales/aktuell/01710/index.html?lang=de>

Die im Text erwähnte Publikation «Neues Wohnen in der zweiten Lebenshälfte» von Andreas Huber (Hrsg.) wird herausgegeben vom ETH Wohnforum – CCSA und erscheint im April 2008 im Birkhäuser Verlag. ISBN 978-3-7643-8633-7 (dt.), Preis CHF 49.90

Es flackert und leuchtet über der Grossstadt

Erwina Winiger, Kantonsrätin Alternative Kanton Zug | Bild visibleearth.nasa.gov

8

Im letzten Jahr zügelte ich vom Tal auf den Berg. Ich geniesse in Edlibach die herrliche Aussicht weit über das Zugerland hinaus. Auch abends bietet mein neuer Wohnort eine atemberaubende Sicht: Es glitzert, strahlt und leuchtet über der Grossstadt Zug, und das Lichtspiel könnte einem eigentlich das Herz erfreuen, wenn da die Gedanken nicht weiterkreisen würden.

Weiterkreisen zum Thema Lichtverschmutzung und Lichtverschwendung. Unsere Gesellschaft beeinflusst die Nacht künstlich durch ein immenses Lichtermeer.

Die Beeinflussung durch künstliches Licht im Aussenraum wird verstärkt durch in die Atmosphäre gerichtetes oder abgestrahltes Licht, das ungenutzt verpufft, sowie durch unnötige oder übermässige Beleuchtung von Strassen und Gebäuden. Beides verschleisst Energie, verursacht vermeidbare Kosten und verändert die nächtlichen Ökosysteme. Das Bewusstsein für die Existenz von Lichtverschmutzung und -verschwendung im öffentlichen Raum ist erst am Wachsen. Immerhin gibt es in der Schweiz bereits einen national organisierten und international vernetzten Verein «Dark-Sky Switzerland», der wissenschaftliche Tagungen organisiert und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema durchführt.

Probleme erleuchteter Nächte

In einem Wachstumskanton wie Zug wird in den kommenden Jahren die künstliche Beleuchtung zwangsläufig weiter zunehmen. Die negativen Auswirkungen der in jüngster Zeit massiv zunehmenden Lichtemissionen sind ernst zu nehmen. Fachleute weisen auf zahlreiche nachteilige Auswirkungen hin: Künstliche Beleuchtungen stören den Lebensraum nachaktiver Tiere und irritieren Zugvögel. Lichtquellen und -glocken führen nachts zie-



Strahlendes Europa ertrunken im Lichtermeer.

hende Vögel in die Irre. Die betroffenen Tiere bezahlen dies häufig mit ihrem Leben. Das Lichtermeer der bewohnten Gebiete bewirkt zudem die permanente Aufhellung des Nachthimmels, was zum weitgehenden Verschwinden des sichtbaren Sternenhimmels führt oder dessen Wahrnehmung stark beeinträchtigt. Das Verschmelzen der Nacht zum Tag hat auf den Menschen Auswirkungen. So beruht ein Teil unserer Hormonproduktion auf dem tageszeitlichen Wechsel von hell und dunkel. Eine längere Störung dieses natürlichen Rhythmus kann Krankheit und Schlafmangel zur Folge haben. Die Aussage «Licht = Sicherheit» stimmt nur bedingt. Zu helle Lampen blenden: Das Auge adaptiert sich an das helle Licht. Durch die Adaptation wird der Nebenraum schlechter erkennbar. Dies kann die Sicherheit im Strassen- und Luftverkehr vermindern. Nicht benötigtes Licht verbraucht unnötig viel Energie. Diese Energie einzusparen ist ein leichtes Unterfangen, da niemand auf etwas verzichten muss.

Mehr sehen mit weniger Licht

Damit das Thema auch im Kanton Zug erhellt wird, haben Eric Frisch-

knecht und ich im Kantonsrat eine Interpellation eingereicht. Der Anstoss war wichtig – so ist etwa im gleichzeitig erschienenen Energieleitbild des Regierungsrates zur Thematik Lichtverschmutzung und -verschwendung nichts zu finden. Dies ist umso erstaunlicher, haben doch die Zentralschweizer Umweltschutzdirektoren bereits im Jahre 2006 einen Massnahmenkatalog zur Vermeidung von Lichtemissionen verabschiedet. Nun hoffen wir, dass der Regierungsrat die Interpellation als Impuls wahrnimmt und aktiv wird. Denn andere Gegenden sind es jedenfalls schon. So hat der Kanton Tessin im letzten Jahr unter Mitwirkung des erwähnten Vereins «Dark-Sky Switzerland» Richtlinien zur Vermeidung von Lichtemissionen erarbeitet. Die Stadt Luzern erarbeitet ein neues Beleuchtungskonzept, einen sogenannten «Plan Lumière», der den Energieverbrauch um mindestens 10 Prozent senken und die Lichtverschmutzung reduzieren kann, trotzdem aber die Sehenswürdigkeiten besser beleuchtet und das Sicherheitsempfinden stärkt. Ich freue mich jedenfalls jetzt schon darauf, dem Sternenhimmel über dem Zugerland mehr Beachtung schenken zu können. ■

Die «letzte Chance» für den Freisinn

Grünspecht – ein kritischer Vogel

Die FDP hat in den letzten Jahrzehnten bei Wahlen meist verloren. Die FDP, welche die moderne Schweiz geschaffen hat, hat ihre breite Verankerung im Volk verloren. Derzeit präsentieren sich die Freisinnigen als Lobby für die Superreichen und als Rechtspartei im Seitenwagen der SVP. Die Abwahl von Christoph Blocher bietet der FDP die Chance, sich wieder eigenständig und liberal zu positionieren.

Im Jahre 1972 veröffentlichte der Publizist Jürg Tobler eine kleine Broschüre mit dem Titel «Freisinn ohne Gemeinsinn?» Er tat dies im Bewusstsein um die historische Leistung des Freisinns, der 1848 an die Macht kam und in den folgenden Jahrzehnten die Schweiz wirtschaftlich und politisch prägte. Er tat dies aber auch in der Befürchtung, dass sich der Schweizer Freisinn immer mehr von seinen ursprünglichen Idealen als reformerische Kraft für die gesamte Bevölkerung entfernte.

Die Bruchstelle – und damit der Anfang des Niedergangs – lässt sich genau fixieren. Damals, als die FDP erstmals mit dem Slogan «Mehr Freiheit, weniger Staat» in die Wahlen zog. Da verabschiedete sie sich von der Verantwortung für die Schweiz; sie wandelte sich zum Sprachrohr der neoliberalen Ellbogengesellschaft; der Markt wurde zum neuen Götzen. Der Staat, die Gemeinschaft der freien Bürgerinnen und Bürger, wurde zum Gegner, der nur Kosten verursacht und am besten möglichst rasch und mit Gewinn privatisiert wird. Nur, diese arroganten Manager mit dem FDP-Parteibuch und ihren Millionengehältern konnten es nicht besser. Im Gegenteil: Sie «groundeten» die Swissair und setzten in den letzten Monaten Milliarden in den amerikanischen Hypothekensand.

FDP als Seitenwagen der SVP

Politisch hat sich die FDP immer mehr der SVP angenähert; sie ist als Juniorpartner in den SVP-Seitenwagen gestiegen. Zusammen mit der SVP hat die FDP in den

letzten Jahren am Abbruch der solidarischen Schweiz als Gemeinschaft gearbeitet. Mit dem einzigen Unterschied; die SVP konnte ihr neoliberales Programm und die Umverteilung von unten nach oben mit dem Thema Ausländer und mit viel Folklore-Gebimmel erfolgreich kaschieren.

Und jetzt, im Frühling 2008? Mit neoliberaler Ideologie lässt sich angesichts des UBS-Debakels kein Parteiprofil gewinnen, und schon gar keine neuen Wählerinnen und Wähler. Im politischen Seitenwagen der SVP-Ausgrenzer geht jedes liberale Profil verloren. Wer zudem die Empörung an den Abzocker-Millionen als reinen Neid abtut, bemerkt nicht mehr, wo der überwiegenden Mehrheit in unserem Land der Schuh drückt. Jürg Tobler brachte es in seiner kleinen Schrift schon vor Jahren auf den Punkt: «Die Freiheit der Habenichtse ist die elementarste Form der Unfreiheit.»

Quo vadis, FDP?

Im letzten Dezember haben CVP, SP und Grüne den Volkstribun und Multimillionär Blocher aus dem Bundesrat gekippt. Und damit der FDP eine Steilvorlage geliefert. Es ist ihre «letzte Chance» für einen eigenständigen politischen Kurs. Ein bisschen «Hop Sviz» (rätomanisch) und die Fortsetzung der bisherigen Rechts-Politik, einfach anständiger und mit Stil, reichen bei weitem nicht.

Ob sich die FDP politisch aus der Abhängigkeit von der SVP freischwimmen kann? Ob sie sich aus der neoliberalen Ideologie lösen kann? Ob sie in Zukunft Frei-



Der Autor «Grünspecht» ist ein kritischer Vogel.

heit nicht mehr mit grenzenlosem Egoismus verwechselt? Ob sie den Staat nicht weiter verteuflert? Ob sie gemeinschaftliche Aufgaben auch in Zukunft den privaten Abzockern überlässt? Ob sie weiterhin Steuersenkungen zugunsten der Superreichen durchsetzt? Die Antworten auf diese Fragen werden matchentscheidend sein für die FDP als Volkspartei.

Ein «Freisinn ohne Gemeinsinn» hat keine Perspektive: Er wird zur Splitterpartei für ein paar wenige Auserwählte und ist damit kein ernst zu nehmender Partner mehr für die reformfreudige Linke bei der Gestaltung der Schweiz im 21. Jahrhundert. Als Folge werden immer mehr Liberale dorthin abwandern, wo «Liberté, Egalité, Fraternité» gleichberechtigt gelebt werden – wo individuelle Freiheit, sozialer Ausgleich und nachhaltige Umweltpolitik zuhause sind. Zu den Alternativen. ■

Swisscoy-Einsatz ist illegal

Josef Lang, Nationalrat Alternative Kanton Zug | Bild istockphoto.com

10

Am 5. März hat der Nationalrat den Swisscoy-Einsatz im Kosovo verlängert, obwohl dafür das UNO-Mandat fehlt. Nachfolgend Jo Langs Rede gegen die Verlängerung des Armee-Einsatzes im Kosovo.

«Die Grünen empfehlen Ihnen, auf die Verlängerung des Swisscoy-Einsatzes nicht einzutreten. Sollten Sie auf die Vorlage eintreten, schlagen wir Ihnen vor, den Verlängerungsentscheid zu suspendieren, bis es ein gültiges UNO-Mandat gibt, so, wie es das Militärgesetz vorschreibt», so Jo Lang anlässlich seiner Rede vor dem Nationalrat.

Vertreibung der Roma

Seit dem völkerrechtswidrigen Kosovo-Krieg ist unter den Augen der so genannten «Schutztruppen» der Kosovo praktisch «zigeunerfrei» gesäubert worden. Von den 150'000 Roma, die vor neun Jahren noch im Kosovo lebten, wurden neun Zehntel vertrieben oder verdrängt. Vermochten die Swisscoy eine einzige Roma-Familie zu schützen? Ist es angesichts dieser Tragödie nicht fragwürdig, das verbliebene Zehntel als Argument für einen Truppeneinsatz zu verwenden? Mit dem Ausschluss von Angehörigen der Minderheiten aus ihrem Verbindungsbüro und da-

mit von schweizerischem Hoheitsgebiet hat die offizielle Schweiz die Ausgrenzungspolitik sanktioniert. Und wenn sich jetzt daran etwas ändert, ist das nicht das Verdienst von Militär-, sondern von Zivilpersonen.

Abbau beim Zivilen

«Wie wir schon wiederholt ausgeführt haben, soll die Schweiz der Welt ihr Bestes, das zivile Friedenshandwerk und nicht das militärische Kriegshandwerk zur Verfügung stellen. Wer hier einwendet, man solle beides tun, den möchte ich auf einen kürzlichen Entscheid des Bundesrates aufmerksam machen: Die Schweiz beschäftigt bis zum Ende dieses Monats in 24 Ländern (auch im Kosovo) 200 Personen in einem politischen Frühwarnprogramm», so Lang weiter.

Diese Früh-Analyse von Spannungen und Tatsachen (abgekürzt: FAST) macht das friedenspolitisch Sinnvollste, was die Schweiz, was man überhaupt tun kann: Konflikte

frühzeitig erkennen und angehen, bevor die Gewalt eskaliert. Obwohl das Frühwarnprogramm zu einem weltweit anerkannten Vorzeigeprojekt avancierte, hat das DEZA beschlossen, es auf Ende diesen Monats zu schliessen. «Wissen Sie, wie viel diese 200 zivilen Frühwarner die Schweiz gekostet haben? 30 mal weniger als die 200 Swisscoy-Soldaten! Das zivile Engagement ist nicht nur viel nützlicher, es ist auch viel günstiger.»

Fehlendes UNO-Mandat

«Dass die einseitige Unabhängigkeit den Verlust des bisher gültigen UNO-Mandats zur Folge hat, das war im letzten Sommer auch unserem Verteidigungsminister klar. Ich zitiere aus einem Tagesanzeiger-Artikel eines Journalisten, der Samuel Schmid auf seiner Kosovo-Reise begleitete und der notabene ein entschiedener Befürworter von militärischen Auslandseinsätzen ist: 'Kosovo erklärt sich einseitig für unabhängig und wird von der Schweiz anerkannt. Damit kann sich die Schweiz nicht länger auf die UNO-Resolution 1244 berufen, da diese den Anspruch Serbiens auf Kosovo bejaht. Die gesetzliche

Verbindungsbüro ohne Minderheiten

Die Schweiz beschäftigt in ihrem Verbindungsbüro in Pristina, also auf ihrem eigenen Hoheitsgebiet, keine Angehörige der Minderheiten. Wie soll sich die Schweiz im Kosovo für eine multiethnische Gesellschaft einsetzen, wenn sie dieses Anliegen nicht einmal im eigenen Büro umzusetzen wagt? Der wahre Grund für die Ausgrenzung der Minderheiten liegt im Umstand, dass die Angehörigen der albanischen Mehrheit drohen, die Stelle zu verlassen,

sollten Serbinnen, Serben oder Roma eingestellt werden. Bereits vor zweieinhalb Jahren habe ich gegen die Nichtanstellung von Minderheiten Vorstösse gemacht. Damals wurde Besserung versprochen. Im Februar habe ich herausgefunden, dass Roma und Serben weiterhin nicht beschäftigt werden. Der zuständige «Head of Mission» rechtfertigte diesen Skandal mit der Aussage, damit würde ein eingespieltes Team gestört und ein reibungsloser Ablauf beeinträchtigt. Damit übernahm der «Botschafter» die Argumentation

der Ethnonationalisten, welche meinen, ein Gemeinwesen könne nur funktionieren, wenn alle Angehörigen dem gleichen Stamm angehören. Unter dem Druck meines erneuten Protestes und aufgrund eines Antrages, den ich in der Aussenpolitischen Kommission durchbrachte, hat nun das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten versprochen, auch Serbinnen und Serben einzustellen. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Nun geht es darum auch die Anstellung von Roma durchzusetzen.

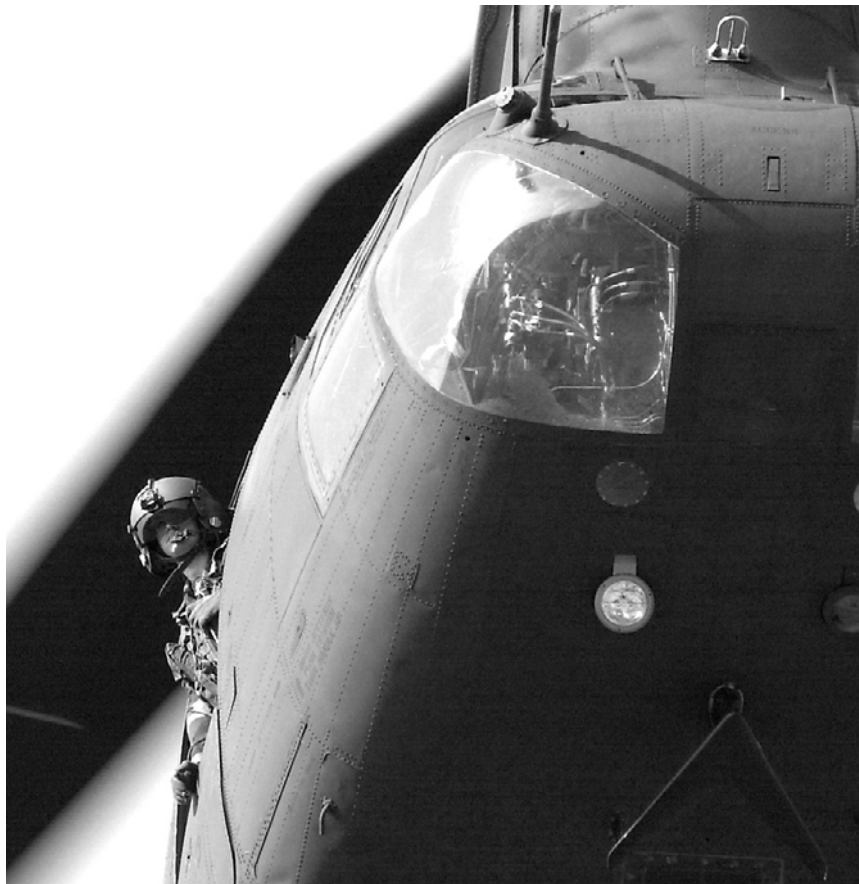
Grundlage für den Einsatz ist nicht mehr vorhanden, die Swisscoy muss abziehen.' Weiter schrieb der Tagesanzeiger: 'Er (Verteidigungsminister Schmid) geht davon aus, dass die Mehrheit der in Kosovo engagierten Staaten auch ohne UNO-Mandat vor Ort bliebe. Für den Fall eines Swisscoy-Abzugs rechnet Schmid zwar mit dem Verständnis der Staatengemeinschaft für die besondere Situation der neutralen Schweiz.' (TA 4.9.2007)

Völkerrecht missachtet

In anderen Worten: Bundesrat Schmid war klar, dass die Schweiz im Falle der Unabhängigkeit die Swisscoys zurückziehen muss. Selbst wer in Frage stellt, dass die Verlängerung des Swisscoy-Einsatzes eindeutig rechtswidrig ist, muss angesichts der unterschiedlichsten Einschätzungen der Völkerrechtler eingestehen, dass sie rechtlich prekär ist. Ist aber gesetzliche Klarheit nicht gerade beim Einsatz von Gewaltmitteln besonders dringlich? Gilt das, was vor drei Monaten vor der Bundesratsabwahl immer wieder betont wurde, nicht mehr: Dass die Schweiz ein besonderes

Interesse hat, dass das Völkerrecht ernst und genau genommen wird? Auf jeden Fall bedeutet eine Verlängerung des Swisscoy-Einsatzes ohne gültiges oder ohne sicher gültiges

UNO-Mandat eine Missachtung des Völkerrechts und eine Marginalisierung der UNO. Es bedeutet eine Unterordnung der Loyalität zur UNO unter die Loyalität zur Nato.» ■



Swisscoy-Einsatz ohne gültiges UNO-Mandat: eine Missachtung des Völkerrechts.

Stellungnahme der JUSO



Swisscoy-Verlängerung: JUSO enttäuscht über den Entscheid

Die JUSO Schweiz ist enttäuscht über das Stimmverhalten der SP-Fraktion heute Nachmittag im Nationalrat.

Der Nationalrat verlängerte mit Hilfe der SP-Fraktion den nutzlosen und illegalen Swisscoy-Einsatz im

Kosovo. Die KFOR-Truppen, denen die Swisscoy angehören, konnten oder wollten die Vertreibung von Minderheiten nicht verhindern. Der Einsatz der Swisscoy dient nicht dem Frieden, sondern hauptsächlich der Selbstprofilierungssucht der Armee. Seit 1999 werden jährlich gegen 40 Millionen für die Spielübung der Armee im Ausland verschleudert – Geld, welches bei der zivilen Hilfe fehlt.

Die JUSO ist enttäuscht von der SP. Während andere linke NationalrätInnen für das Völkerrecht einstehen, hat heute die Mehrheit der SP mit der Verlängerung des Swisscoy-Einsatzes der Aushöhlung des Völkerrechtes Vorschub geleistet. Der Swisscoy-Einsatz ist heute nämlich illegal. Bis zur einseitigen Unabhängigkeitserklärung Kosovos bildete Resolution 1244 die rechtliche Grundlage.

Abwehren statt Integrieren

Das Interview wurde am 5. März von Hansjörg Glauser geführt | Bild Jean Baptiste Huber

12

Die 5. IV-Revision ist seit anfangs Jahr in Kraft. Wie sich die Revision auf die betroffenen Personen auswirkt und wo die Missstände innerhalb der IV liegen, beleuchtet das Interview im Gespräch mit Jean Baptiste Huber, Rechtsanwalt in Zug.

BULLETIN: Seit dem ersten Januar ist die 5. IV-Revision in Kraft. Welches sind Ihre ersten Erfahrungen, welche Reaktionen konnten Sie feststellen?

J. B. Huber: Mit der neuen Regelung entsteht ein Rentenanspruch frühestens sechs Monate nach der Anmeldung bei der Invalidenversicherung (IV). Bisher konnte man bis zwei Jahre nach Beginn der Arbeitsunfähigkeit mit der Anmeldung zuwarten. Um keine Ansprüche zu verlieren, habe ich deshalb vor Ende 2007 noch zahlreiche KlientInnen bei der IV angemeldet. Alle bekamen bereits Mitte Januar 2008 eine Einladung von der IV-Stelle zu einem Erstgespräch, das in den meisten Fällen noch im Januar stattfand. Früher hatte man nach einer Anmeldung erst nach Monaten etwas von der IV gehört (ausser der kurzen Bestätigung, dass die Anmeldung eingegangen sei). Die IV hat also in Bezug auf die so genannte Früherfassung Ernst gemacht mit Ihrer Ankündigung, dass nun alles viel schneller gehen soll.

BULLETIN: Und wie ist es dann weitergegangen?

J. B. Huber: Im Anschluss an diese Erstgespräche ist nun noch nichts weiter passiert. Ich nehme an, dass bei der IV noch eine gewisse Ratlosigkeit herrscht, wie die (Wieder-)eingliederungsmassnahmen erbracht werden sollen. Die IV ist schon von der personellen Besetzung her nicht in der Lage, alle Massnahmen selbst zu erbringen. Sie arbeitet deshalb mit externen Anbietern zusammen, aber offenbar nur mit solchen, mit denen sie bereits einen Rahmenvertrag ver-

einbart hat. In einem konkreten Fall habe ich zusammen mit einer privaten Case-Management-Firma einen Arbeitgeber gefunden, der bereit ist, einen schwer verunfallten technischen Fachmann mit Unterstützung der Case Management-Firma wieder einzuarbeiten. Obwohl die Case-Management-Firma – die im übrigen schon lange auf dem Markt ist – für ihre Dienstleistungen marktgerechte Preise verlangt und die IV-Berufsberaterin diese Eingliederungsmassnahme ausdrücklich unterstützt, hat die IV bis heute keine Kostengutsprache erteilt. Begründung: Die IV hat mit dieser Case-Management-Firma noch keinen Rahmenvertrag abgeschlossen und die vorgesehene Steigerung des Arbeitspensums folgt nicht dem von der IV gewünschten Schema. Die IV hätte gerne eine schnellere Steigerung.

BULLETIN: Weshalb hat denn die IV mit dieser Firma noch keinen Rahmenvertrag abgeschlossen?

J. B. Huber: Das weiss ich in diesem Fall nicht genau. Aber die von der IV vorgeschlagenen Rahmenverträge, die ich bisher gesehen habe, sind sehr detailverliebt. Die ganzen Interventions- und Integrationsmechanismen wurden unheimlich formalisiert, was eine Integration nicht fördert, da ein solcher Prozess am Besten mit Vertrauen und nicht mit Formalismen unterstützt wird. Für die Anbieter ist ein so straffes Korsett, das den Prozess bis in alle Details vorschreibt, keine optimale Ausgangslage, um auf ihre PatientInnen individuell einzugehen. Ich bezweifle, dass diese überstrukturierte Vorgehensweise zu guten Resultaten führt.

BULLETIN: Wie ist die Vorgehensweise der IV, um Arbeitsplätze zur Integration von Patienten zu finden?

J. B. Huber: Die Devise der Invalidenversicherung heisst ja seit jeher: «Eingliederung vor Rente.» Als ich vor etwa 15 Jahren auf diesem Gebiet zu arbeiten begonnen habe, hat die IV diesen Grundsatz noch viel ernster genommen als in den letzten Jahren. Der Fokus hat sich – vor allem seit Beginn der so genannten «Scheininvaliden»-Kampagne – immer mehr von der realen Eingliederung wegbewegt, hin zur Abwehr angeblich unberechtigter Ansprüche. Zudem hat die IV angesichts der schwierigen Arbeitsmarktlage vor allem für einfachere Tätigkeiten quasi «forfait» gegeben und sich nicht mehr energisch auf die Suche nach Stellen gemacht. Ich hoffe, das bessert jetzt mit der 5. IV-Revision.

BULLETIN: Wie muss man sich diese Entwicklung in den letzten Jahre konkret vorstellen?

J. B. Huber: Ich kann dies an einem Beispiel erläutern: Ein Bauarbeiter kann wegen Rückenbeschwerden nicht mehr auf dem Bau arbeiten. Im medizinischen Gutachten heisst es zur Arbeitsfähigkeit: «Die angestammte Tätigkeit als Bauarbeiter ist nicht mehr zumutbar. In einer leichten wechselbelastenden Tätigkeit ohne Heben und Tragen, mit der Möglichkeit, Pausen einzuschalten, ist dem Exploranden eine 100%ige Tätigkeit zumutbar.» Früher hätte sich der IV-Berufsberater zusammen mit dem Betroffenen auf die Suche nach einer Stelle gemacht, beispielsweise für leichte Montagearbeiten. In den letzten Jahren wurden die Berufsberatung und die Arbeitsvermittlung in solchen Fällen aber nur noch rituell abgespult. Nach einigen Wochen kam ein Brief von der Arbeitsvermittlung, die Suche sei erfolglos geblieben. Kurze Zeit später kam die Rentenverfügung,

in der es hiess: «In der Tätigkeit als Bauarbeiter würden Sie heute ein Einkommen von CHF 65'000 erzielen. In einer leichten wechselbelastenden Tätigkeit ohne Heben und Tragen, mit der Möglichkeit, Pausen einzuschalten, könnten Sie nach der Lohnstrukturerhebung (LSE) 2006, Tabelle 1, Männer, Anforderungsniveau 4 ein Einkommen von CHF 4'732 x 12 = CHF 56'784, beziehungsweise, hochgerechnet von 40 Stunden auf 41.7 Stunden, von CHF 59'197 erzielen.» Der Invaliditätsgrad beträgt damit 9%, was keinen Rentenanspruch begründet. Dass der Bauarbeiter keine entsprechende Stelle findet, spielt keine Rolle. Dies weil die IV die Erwerbsfähigkeit nach dem Gesetz im Hinblick auf den so genannten «ausgeglichenen Arbeitsmarkt» bestimmen muss. Danach ist nur zu prüfen, ob es für eine theoretisch mögliche Einsatzmöglichkeit auf einem fiktiven Arbeitsmarkt ohne Arbeitslosigkeit Stellen geben würde.

BULLETIN: War das denn früher besser?

J. B. Huber: Noch vor einigen Jahren hat die IV viel energischer versucht, invalide Personen tatsächlich einzugliedern. Bei der Invaliditätsbemessung wurde dann in der Regel auf das tatsächlich erzielte Invalideneinkommen abgestützt. Dies war meist vorteilhafter, da die tatsächlich erzielten Invalideneinkommen tiefer lagen als theoretisch angenommene Invalideneinkommen. Diese Entwicklung weg von der realen Eingliederung ist teilweise auf die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt zurückzuführen. In den letzten Jahren wurde es immer schwieriger, Stellen für gesundheitlich eingeschränkte Personen zu finden. Allerdings habe ich auch den Eindruck, dass die IV in den letzten Jahren ihren Eingliederungsauftrag nicht mehr mit der nötigen Hartnäckigkeit verfolgt hat.



«Auf den Skates immer gut geschützt mit Helm - Jean-Baptiste Huber am Sponsoringevent der Alternativen im letzten Herbst.»

Man hat sich darauf beschränkt, das Personal stark auszubauen. Vernachlässigt wurde aber das hartnäckige Bearbeiten potentieller Arbeitgeber.

BULLETIN: Wie soll denn die IV die Arbeitgeber bearbeiten?

J. B. Huber: Vor vielen Jahren gab es einen einzigen Berufsberater, und zwar nicht nur für die IV-Stelle Zug, sondern für die Kantone Zug, Schwyz, Uri und Luzern, der zu sämtlichen Personalverantwortlichen der Unternehmungen in der Gegend gute Kontakte pflegte. Er verabredete sich regelmässig zum Mittagessen mit den Personalchefs

der Landis & Gyr, V-Zug AG, Dättwiler Gummi und noch vielen weiteren. Das nicht in erster Linie, weil er gerne gut isst, sondern um die Kontakte zu pflegen. Dank diesem guten Netzwerk konnte er viele IV-BezügerInnen platzieren. Er konnte diese Firmen bei der Verantwortung packen und sie so lange bearbeiten, bis sie bereit waren, einen Arbeitsplatz zu stellen. Aber schon damals hat die IV nicht verstanden, welche Arbeit von diesem Berufsberater geleistet wurde. So wollte man ihm beispielsweise nie die Spesen vergüten, wenn er einen Personalverantwortlichen zum Mittagessen eingeladen hatte.

BULLETIN: Und wie sind heute die Kontakte der IV zur Wirtschaft?

J. B. Huber: Heute scheint das Netzwerk schlechter zu sein. Ich war vor ca. einem Jahr mit einem Klienten bei der IV-Stelle Zug und habe eine Stelle bei einem Zuger Unternehmen vorgeschlagen. Der Berufsberater meinte, das sei eine gute Idee, er werde diese prüfen. Ich bestand darauf, dass man gleich Nägel mit Köpfen machen würde, und schlug vor, dass der Berufsberater jetzt gleich den Personalverantwortlichen dieser Firma anrufen würde. Ich ging davon aus, dass er die Nummer des Personalverantwortlichen in seinem Adressverzeichnis notiert hätte. Dem war aber nicht so. Der Berufsberater nahm vielmehr das «Pronto»-Telefonbuch zur Hand und suchte nach der Nummer der fraglichen Firma. So kommt's natürlich nicht gut.

BULLETIN: Die IV steckt in einer schwierigen finanziellen Situation. Welches sind Deines Erachtens die Gründe dafür?

J. B. Huber: Die erwähnten Beispiele mit dem Bauarbeiter sowie dem Berufsberater, der die Telefonnummer des Personalverantwortlichen eines grossen Zuger Unternehmens nicht kennt, beschreiben recht gut das Malaise, in dem die IV steckt: Viele Probleme sind struktureller Natur. Firmen haben Arbeitsplätze für Menschen, die nicht 100 oder 150% leistungsfähig sind, einfach wegrationalisiert. Die Entwicklung in den letzten Jahren ist ganz klar: Die Gewinne wurden privatisiert, die Kosten sozialisiert. Daneben sind für das Malaise der IV auch IV-interne Gründe verantwortlich. Auch vor der 5. IV-Revision hat das Gesetz den IV-Stellen nicht verboten, die Leute schneller einzugliedern und ihnen tatkräftiger bei der Suche nach geeigneter Arbeit zu helfen. Bisher hat aber jede IV-Stelle ein bisschen «vor sich hin gewerkelt»,



«Die Revision wäre nicht so vordringlich gewesen, wenn in den IV-Stellen professioneller gearbeitet worden wäre.»

und es hat meiner Meinung nach an einer effizienten Führung durch das Bundesamt für Sozialversicherungen gefehlt. Viele Probleme sind rein technischer Natur, und es hätte keine 5. IV-Revision gebraucht, um schneller vorwärts zu machen. Ich hoffe natürlich, dass die 5. IV-Revision tatsächlich zu einer Beschleunigung und Verbesserung der Verfahren führt. Allerdings befürchte ich, dass man nun einfach fehlende Führung durch ein überstrukturiertes Kontrollsystem ersetzt, in dem der hinterste und letzte Ablauf bis in jedes Detail reglementiert ist. Problematisch ist aber vor allem, dass die 5. IV-Revision geprägt ist von einem tiefgreifenden Misstrauen gegenüber jeder AntragstellerIn. Das neue Gesetz atmet deshalb buchstäblich Zwang und Misstrauen – beides schlechte Voraussetzungen für die Eingliederung.

BULLETIN: In der Schweiz zeigt sich ein Trend weg vom produzierenden Betrieb, hin zum Dienstleistungsunternehmen. Ist die IV vorbereitet, diesen Dienstleistungsunternehmen auch aufzuzeigen, wie und wo Arbeitsplätze für nicht voll arbeitsfähige Mitmenschen eingerichtet werden könnten?

J. B. Huber: Das weiss ich nicht. Ich

gehe schon davon aus, dass die IV in dieser Hinsicht grosse Anstrengungen unternimmt. Es steht und fällt ja alles mit der Mitwirkung der Arbeitgeber bei der Eingliederung bzw. schon bei der Nicht-Ausgliederung. Die Linke hat im Gesetzgebungsprozess vergeblich ein Anreiz-System verlangt, um die Arbeitgeber in dieser Hinsicht zu motivieren. Wir werden nun sehen, ob sich die bürgerliche Behauptung bewahrheiten wird, die Arbeitgeber würden ihre Verantwortung wahrnehmen. Ich bin in dieser Hinsicht nicht allzu optimistisch, obwohl die Unterstützung, die die IV einem Arbeitgeber gewähren kann, durchaus ihre Wirkung haben kann. Die IV kann beispielsweise für die Anpassung eines Arbeitsplatzes aufkommen oder kann dem Arbeitgeber finanzielle Beiträge für Integrationsmassnahmen oder so genannte Einarbeitungszuschüsse gewähren, wenn Mitarbeitende in der Anfangsphase nur eine reduzierte Leistung erbringen. Zudem glaube ich auch, dass Eingliederung ein Stück weit eine Frage der Kultur ist und man durch geeignete Massnahmen eine bessere Eingliederungskultur bewirken kann.

BULLETIN: Herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

Big Brother bei der Bahn

Josef Lang, Nationalrat Alternative Kanton Zug | Bild istockphoto.com

Im Rahmen der Bahnreform hat der Nationalrat die Aufbewahrung von Videoaufnahmen verlängert und deren Verschlüsselung abgelehnt. Dazu nachfolgend die Nationalratsrede von Josef Lang zugunsten des Datenschutzes.

Als liberale Bürgerrechtspartei haben die Grünen vor dem Big-Brother-Gespenst grossen Respekt. Und wir bedenken jederzeit, was Benjamin Franklin vor 250 Jahren gesagt hat: «Wer Sicherheit auf Kosten der Freiheit bewahren will, verliert zuletzt beides.» In seinem vom Bundesrat Ende September 2007 abgesetzten Bericht hielt das EJPD fest: «Die Erhebung, Aufbewahrung und Bearbeitung von Daten aus Videoüberwachungen greifen in die Grundrechte ein. Je nach Aufbewahrungsdauer und Erkennbarkeit der Personen kann es sich um schwere Eingriffe handeln.» Der gleiche Bericht zeigt auf, wie massiv die Videoüberwachung in den nächsten Jahren allein im Bahnbereich zunehmen wird. Je grösser die Big-Brother-Gefahr erscheint, desto griffiger hat der Datenschutz

zu sein! Zu einem griffigen Datenschutz gehört der Einsatz von Technologien, welche die Privatsphäre schützen.

Vorbild ZVB

Heute gibt es Chiffrierungstechnologien, mit denen dafür gesorgt ist, dass keine Unberechtigten Zugang zu den Videoaufnahmen erhalten. Diese Technologie ist nicht einmal teuer. Der bereits zitierte EJPD-Bericht schreibt dazu im Zusammenhang mit Busunternehmen: «Bei grösseren Betrieben erfolgt vor der Speicherung eine Verschlüsselung.» Als Beispiele angeführt werden die Zugerland Verkehrsbetriebe, die Verkehrsbetriebe Zürich und die Matterhorn-Gotthard-Bahn. Was der ZVB und den VBZ recht ist, sollte der viel grösseren SBB billig sein.

Privatpolizeistaat

Im Rahmen der Bahnreform hat der Nationalrat in einem ersten Schritt die Bahnpolizei privatisiert. Damit wird gegen den Grundsatz, dass Sicherheit im öffentlichen Raum in öffentliche Hände gehört, verstossen. In einem zweiten Schritt hat die bürgerliche Mehrheit die Bewaffnung dieser Privatpolizisten beschlossen und damit das staatliche Gewaltmonopol aufgeweicht. Und in einem dritten Schritt wurde der Privatpolizei die Kompetenz erteilt, Leute zu verhaften und einzusperren.

Die unter anderem vom Polizeibeamtenverband bekämpfte Privatisierung und Ermächtigung der Privatpolizei ist in höchstem Masse antiliberal. Die

ersten zwei Beschlüsse verletzen rechtsstaatliche Grundsätze, der dritte Beschluss gefährdet die Freiheitsrechte. Das Institut für öffentliches Recht der Universität Bern hat unter der Leitung von Professor Walter Kälin dazu Folgendes festgehalten: «Besonders problematisch erscheint die Übertragung solcher Aufgaben auf Private, wenn bei der Aufgabenerfüllung Ermessensentscheide getroffen werden müssen und/oder wenn kein vorgängiger Rechtsschutz möglich ist.» Bemerkenswert ist, dass diese liberalen Grundsätze wie auch der Datenschutz nur von den beiden linken Fraktionen vertreten und von den sogenannten Liberalen, blauer, grüner und oranger Farbe, verraten wurden.



Big Brother im Vormarsch.

Stasi-Syndrom

Nun zur hochsensiblen Frage der Aufbewahrungsdauer: Die Ausweitung von einem Tag auf hundert Tage ist völlig übertrieben. Nirgendwo sonst gilt eine so lange Frist. Zum Vergleich: Die Kantone Solothurn und Waadt kennen eine Frist von 96 Stunden. Bei den österreichischen Bahnen sind es 48 Stunden. Wenn wir die 100-fache Verlängerung der Aufbewahrungsdauer multiplizieren mit der Verhundertfachung der Videoaufnahmen in den nächsten Jahren, dann führt das zu einem Datenberg, der nicht nur den Datenschutz, sondern auch die Datenverarbeitung erdrückt.

Ohne Diktatur und Demokratie gleichsetzen zu wollen, erinnere ich Sie an das Stasi-Syndrom mit seinem unbezwingbaren Daten-Massiv. Dann sind wir an jenem Punkt, vor dem uns Benjamin Franklin gewarnt hat: Wir verlieren beides, die Freiheit und die Sicherheit! Die von der grünen Kommissionsminderheit vorgeschlagene Vervielfachung der Aufbewahrungsdauer reicht völlig. ■

Die städtische Ortsplanung: Wachstum ohne Ende?

Astrid Estermann, Alternative Gemeinderätin Stadt Zug | Bild Adelina Odermatt

16 Die Stadt Zug steckt mitten in der Ortsplanungsrevision. Nach einer intensiven Phase der Mitwirkung kommt der Entwurf im Mai ins städtische Parlament. Die Volksabstimmung ist für den September 2009 vorgesehen. Das Wachstum soll gemäss dem Entwurf des Stadtrats munter weitergehen.

Die im Moment geplante Erweiterung des Siedlungsgebiets fällt mit 6.5 Hektaren und einer Zunahme von 489 EinwohnerInnen relativ zurückhaltend aus. Man könnte also meinen, die Stadt Zug werde in den nächsten Jahren wieder massvoller wachsen. Weit gefehlt! Von 1990 bis 2000 war ein Plus von 1'268 Personen auf 22'973 EinwohnerInnen zu verzeichnen. In den darauffolgenden sechs Jahren nahm die Bevölkerung wiederum um mehr als 1'200 auf 24'211 zu. Und bis 2020 lassen die bereits eingezonten, noch nicht überbauten Flächen ein Wachstum von mehr als 4'700 EinwohnerInnen zu!

Die Stadtbevölkerung wächst im schweizerischen Vergleich weiterhin übermässig, ja rasant. Nicht (Wohn-)Qualität und Nachhaltigkeit steht im Vordergrund, sondern unverantwortlich grosse Bautätigkeit. Die Bevölkerungszunahme sollte höchstens dem schweizerischen Durchschnitt entsprechen und demzufolge für den anvisierten Planungshorizont bei maximal 3'000 Personen liegen.

Offenbar wurde in der letzten Ortsplanung aus dem Jahr 1994 schon massiv mit Einzonungen überbortet. Die geplanten Überbauungen – insbesondere im Quartier Zug West – ziehen Fragen zu Verkehrsaufkommen, Schul- und Freiräumen und der sozialen Durchmischung nach sich. Der Planungsbericht hält zwar fest, dass die Zusammensetzung der Quartier-BewohnerInnen trotz hoher Bodenpreise beibehalten werden soll. Wie dies die Stadt erreichen will, wird aber nicht dargestellt.

Warum Einzonungen überhaupt vorgenommen werden können

Umso erstaunlicher ist es, dass mit der neuen Ortsplanungsrevision überhaupt noch eingezont werden kann. Aufgrund der kantonalen Vorprüfung musste der Stadtrat eine Rücknahme an Einzonungen vornehmen (Rankstrasse, Schleife Nord, Lüssi und Franziskusheim), weil sonst die Einwohnerkapazität überschritten worden wäre. Die kantonale Vorgabe von 29'100 EinwohnerInnen könnte problemlos mit den bereits vorhandenen Landreserven erreicht werden.

Gleichwohl gelang es dem Stadtrat, neue Gebiete einzuzonen. Der Platzbedarf pro Einwohner wurde im Ortsplan markant erhöht, so dass das Fassungsvermögen der bereits bebauten Zonen neu um mehr als 1400 tiefer zu liegen kommt. Zudem ist eine Abzonung verschiedener Quartiere vorgesehen, sollte die mögliche Ausnützung nicht erreicht werden (Gartenstadt, Bellevue, Stolzengraben und Angelgasse). Die Anzahl Arbeitsplätze, wie im kantonalen Richtplan vorgesehen, kann die Stadt gemäss Planungsbericht nicht einhalten. Sie wird bereits, mit den in der letzten Ortsplanungsrevision eingezonten noch nicht bebauten Flächen, um 3'000 Beschäftigte überschritten. Es müsste also ausgezont werden.

Schattenseiten der Einzonungen

Die Bauzone soll um 9.4 Hektaren zunehmen (die Zone für öffentliches Interesse für Bauten und Anlagen (OeIB) wurde nämlich um 2.9 Hektaren reduziert). Mit dem vorgesehenen Einzonungen werden die Siedlungsränder weiter

aufgebrochen und – auf das ganze Stadtgebiet verteilt – mehrere Landschaftsräume neu tangiert (Lüssi, Sterenweg, Rötelberg, Schöneegg, Franziskusheim, Steinibach). Das sollten wir verhindern. Die Stadt Zug muss sich Gedanken darüber machen, ob die Landwirtschaft weiterhin Bestand haben oder letztlich durch immer weitere Einzonungen zum Verschwinden gebracht werden soll.

Als Folge der Volksabstimmung über den Platz für die Oberwiler Rebells wird neben dem Seniorenzentrum Mülimatt in Oberwil nun ein Areal für eine Sport- und Freizeitanlage in die Zone OeIB geplant. Diese Halle ist in ihrer Grösse dem Ort kaum angemessen und in der Initiative auch nicht gefordert. Dass die Landbesitzer, die «barmherzigen Brüder», noch mit einer grosszügigen Einzonung belohnt werden sollen, ist klar abzulehnen.

Aufgrund zahlreicher Eingaben wurde das Stierenmarktareal in der Zone OeIB belassen. Leider lehnt der Stadtrat eine Umzonung der Oesch-Wiese ab und hat keine Kaufverhandlungen aufgenommen oder sich ein Vorkaufsrecht gesichert. Für das weitere Bestehen des Stierenmarkts ist aber die Oesch-Wiese von entscheidender Wichtigkeit.

Licht in der Bauordnung

In die Bauordnung sind aber auch wichtige Punkte aufgenommen worden, die auf Forderungen der Alternativen zurückgehen: Bei Arealüberbauungen hat die Stadt die hohen Boni vor allem in den Hanglagen markant reduziert. Ein Ausnützungszuschlag von fünf Prozent für Minergie-P-Standard gilt neu nicht mehr nur für Arealüberbauungen, sondern für alle Bauten und Anlagen. In der Bauordnung hat der Stadtrat die Motion der Alternativen Fraktion betreffend Baumschutzverordnung berücksichtigt, somit ist das Fällen von Einzelbäu-



Zug-Nord – wieviel Neubauten verträgt das Stadtland?

men von mehr als 100 cm Stammumfang neu bewilligungspflichtig. Die Mindestflächen von Spiel- und Freiflächen werden differenziert festgelegt. Wenn die örtlichen Verhältnisse solche verunmöglichen, muss eine Ersatzabgabe entrichtet werden. Und schliesslich wird nun auch autoarmes Wohnen und Arbeiten in der Stadt Zug möglich, da diese Gebiete von der Pflicht zur Erstellung von Parkplätzen ganz oder teilweise befreit wurden.

Kopf in den Sand beim Verkehr

Es ist bedauerlich, dass der Verkehrsrichtplan die kantonale Richtplanung eins zu eins übernimmt und nicht kritisch hinterfragt. Nicht thematisiert wird die Hauptschwäche der Richtplanung – das ungebremste Wachstum des motorisierten Individualverkehrs, welcher gemäss Richtplan bis ins Jahr 2020 um 43% zunehmen wird (öffentlicher Verkehr +38%). Wer die Wirkung der grossen Strassenbauprojekte näher betrachtet, stellt fest,

dass die Stadt Zug effizienter, nicht aber weniger mit Autoverkehr «abgefüllt» werden soll: Die UCH lenkt den Verkehr direkt auf die jetzt schon überlastete Chamerstrasse statt auf die Autobahn. Die im Bau befindliche Nordzufahrt erhöht die Strassenkapazität vom Norden her in die Stadt massiv. Die geplante Tangente Neufeld verlagert den Ziel-Quell-Verkehr vom Berg auf eine der beiden grünen Lungen nördlich von Zug. Eine Entlastung der Stadt bringt sie nicht. Die Verlängerung der General-Guisan-Strasse Richtung Steinhausen zerschneidet die zweite grüne Lunge und belastet das grösste Wohnquartier in Zug zusätzlich. Weil die Chamerstrasse bestehen bleibt, erhöht sich somit die Kapazität vom Westen her.

Viel Arbeit für die Alternativen

Das einzige Projekt, das die Verkehrssituation in der Stadt substantiell verbessern würde, der Stadttunnel, ist in der Prioritätenliste des Kantons auf die lange Bank ge-

schoben. Die Finanzierung steht in den Sternen und die Stadt Zug will hier keine Veränderung vornehmen. Immerhin sind an verschiedenen Orten Strassenunterbrechungen vorgesehen. Zu hoffen ist, dass diese dann auch tatsächlich realisiert werden.

Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs geschieht zu defensiv und nur mit der Perspektive bis 2012. Der Viertelstundentakt bei den Interregio-Zügen zwischen Zürich und Luzern ist auch für die Stadt Zug wichtig. Er muss als Ziel im Richtplan aufgenommen werden. Der Druck für die Fertigstellung des Zimmerbergtunnels und der durchgehenden Doppelspur bis Luzern muss auch von der Stadt kommen. Viel zu wenig Gewicht hat auch der Langsamverkehr.

Die Alternativen im GGR sind insgesamt gefordert, bei der ersten und zweiten Lesung um einige Inhalte weiter zu kämpfen und auf Versäumnisse vehement aufmerksam zu machen. ■

Niederlage in der Verlängerung

Martin Stuber, Kantonsrat Alternative Zug | Bild Stadt Zug

18 Diese Abstimmung wird in die Geschichte eingehen. Bei weit überdurchschnittlicher Stimmbeteiligung hat der Stadtzuger Souverän nach einem intensiven Abstimmungskampf dem 61-Millionenkredit für ein neues Eisstadion in der Herti zugestimmt. Wir beleuchten die Hintergründe.

Dass die Tage des Hertistadions gezählt sind, war schon seit längerem klar. Vierzig Jahre alt, eine tendenziell marode Infrastruktur und die gestiegenen Anforderungen der Nationalliga machten einen Neubau nötig. Als die Stadt in den 60er-Jahren die damals völlig offene Eisanlage baute, dachte kaum jemand daran, dass sich mit dem EVZ dereinst ein Spitzen-Eishockeyclub fest in der höchsten Spielklasse etablieren würde und sogar Meister werden könnte. Mit der Erweiterung und Überdachung musste dem Mitte 70er-Jahre Rechnung getragen werden. Die Kunsteisbahn ist für die Stadt schon lange ein Verlustgeschäft gewesen. Politisch war die KEB eine vorwiegend freisinnige Pfrund und ist es bis heute geblieben. Dass die Stadt die KEB mit viel Geld subventionieren musste, störte die sonst so knauserige FDP deshalb nie wirklich...

Stadtpräsident sagt Jein

Als klar war, dass eine Sanierung sich nicht lohnt und ein Neubau her muss, gab es zwei Möglichkeiten: dem Charakter der Anlage entsprechend eine Aufteilung der Finanzierung zwischen Stadt und Kanton oder die alleinige Finanzierung durch die Stadt. Ersteres hätte bedeutet, dass die Sache nicht mehr in FDP-Händen geblieben wäre, denn dazu hätte es breit abgestützten politischen Druck gebraucht.

Den Alleingang wollte Stadtpräsident Luchsinger aber nicht einfach so aus der städtischen Kasse finanzieren. Damals war die Rede von 40 Millionen. Mit einer sogenannten Public Private Partnership (PPP) wurde deshalb eine recht komplizierte

Konstruktion geschaffen, die im Kern darauf beruhte, dass die Stadt das Bossardareal und einen Spickel auf dem Stadiongelände teuer an einen privaten Investor verkaufte und mit diesem Geld fast zwei Drittel des Stadionneubaus finanzierte.

Mit einer extrem hohen Ausnutzung auf dem besagten Spickel wurde dem privaten Investor ermöglicht, ein Hochhaus mit Luxuswohnungen hinzustellen. Auf dem Bossardareal sollten Wohnungen im «mittleren Preissegment» entstehen. Und das Stimmvolk konnte mit der Aussage beruhigt werden, dass die Stadt nur 22 Millionen für das Stadion ausgeben müsse. Und politisch gesehen blieb das Geschäft in den Händen des mehrheitlich freisinnigen KEB-EVZ-Filzes.

Projektierungskredit ohne Opposition

Dass da etwas nicht stimmen konnte, zeigte sich zuerst im Kantonsrat, als der Schreibende in der Kommission und Vroni Straub nachher im Rat für einen höheren Kantonsbeitrag kämpften. Während es in der Kommission denkbar knapp war und mit etwas regierungsrätlicher Unterstützung vielleicht gereicht hätte, waren im Rat die Chancen gleich Null. Kein Wunder, denn es war ja alles gelaufen, der Projektierungskredit in der Stadt durchgewinkt. Dass der Stadtrat Vorhand nur drei Millionen verlangt hatte in den Verhandlungen mit der Regierung, half auch nicht gerade.

Baugespann: der erste Schock...

Die Wende kam mit dem Baugespann für das Scheibenhaus. Ein Riesending an diesem Standort,

zudem ausserhalb der (allerdings nie rechtsverbindlich verwirklichten) Hochhauszone – das war nicht nur für viele im Hertiquartier ein Schock. Der Stadtrat reagierte mit einer Informationsveranstaltung, welche aber mehr neue Fragen aufwarf als Antworten offerierte, u.a. zur Sicherheit. Die Stimmung in der rappenden Aula des KBZ war spürbar kritisch. Schliesslich votierte eine Mehrheit der Fraktion Alternative-CSP im GGR gegen die Vorlage. Mit 31 zu 5 bei wenigen Enthaltungen war die Zustimmung aber immer noch deutlich.

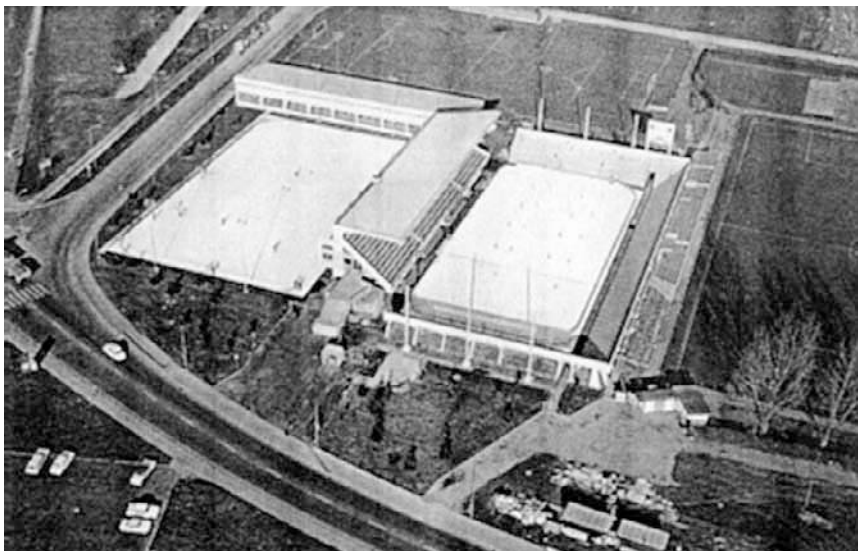
...Umfrage: der zweite Schock

Dann kam der zweite Schock: am 7. Januar publizierte die Neue ZZ die Resultate einer Abstimmungsumfrage. Eine deutliche Mehrheit für das Nein und sehr viele Unentschlossene. Das sass. Der Widerstand des Quartiers und die intensiv diskutierte und recht knapp gefasste Nein-Parole der Alternativen bekam plötzlich enormen Rückenwind, der sich sofort in den Leserbriefspalten niederschlug. Die Promotoren des PPP-Konstruktes mit Scheibenhaus und Bossardareal-Überbauung griffen zum Zweihänder.

Sündenfälle am Laufmeter

- die Neue Zuger Zeitung mutierte zur Kampagnezeitung, wie es Zug noch nie erlebt hatte. Im redaktionellen Teil gab es mit zwei Ausnahmen nur noch Pro-Artikel. Die Leserbriefseiten wurden systematisch mit Titeln und Zwischentiteln bestückt, welche eine Pro-Haltung suggerierte, obwohl eine Mehrheit der Leserbriefe Kontra waren.

- der Zuger Stadtrat, welcher – mindestens nach aussen – in corpore für die Vorlage eintrat, machte völlig unzulässige Propaganda, welche in einer Plakataktion gipfelte, die nach einer Beschwerde schleunigst wieder abgebrochen werden musste. Das Abstimmungs-



So begann es: die Eissportanlage 1967.

büchlein war einseitige Propaganda und räumte den Gegnern praktisch keinen Platz ein. Und das unter einem sozialdemokratischen Stadtpräsidenten...

- Der EVZ als grösster Zuger Sportclub führte quasi im Schlusspurt eine noch nie dagewesene politische Kampagne, die mit allen denkbaren Mitteln operierte – von der Drohung mit Zwangsabstieg bis zum flächendeckenden Einsatz von Piccolos.

- Die Einmischung aus den Ausserkantonalen Region in eine gemeindliche Abstimmung erreichte nicht nur quantitativ einen Höhepunkt, sondern vom Niveau her auch einen qualitativen Tiefpunkt. Die Mehrheit der Pro-Leserbriefe stammte nicht aus der Stadt Zug.

EVZ: Starke Mobilisierungskraft

Neben der fehlenden Opposition beim Projektierungskredit 2005 dürften schliesslich die drei ersten Sündenfälle matchentscheidend gewesen sein. Die kontraproduktive Wirkung der Einmischung

von aussen hielt sich in Grenzen, weil viele schon früh ihre Ja-Stimme abgegeben hatten und nicht mehr zurück konnten. In der Menge entscheidend dürfte die Mobilisierungskraft des EVZ gewesen sein: rund 1000 EVZ-Dauerkartenbesitzer stammen aus der Stadt. Rechnet man für diese eine normalerweise 50%ige Stimmbeteiligung, dann entspricht das Zusatzpotential, das der EVZ inkl. der Angehörigen dieser DauerkartenbesitzerInnen mobilisieren konnte, recht gut dem Ja-Überhang von 1150 Stimmen. Die gegenüber dem Projektierungskredit 8% höhere Stimmbeteiligung ist ein Indiz für diese Einschätzung.

Vergleicht man Projektierungskredit und Baukredit, stieg die Anzahl der Nein-Stimmen um 1547 Stimmen, während das Ja nur um 470 Stimmen zulegte. Die Stimmbeteiligung war um 1909 Stimmen höher. Es haben also viele, die beim Projektierungskredit noch Ja gestimmt haben, angesichts des konkreten Projektes zum Nein geschwenkt.

Wer zu spät kommt...

Das selbstkritische Fazit für uns: Solche grossen Projekte müssen schon im Projektierungsstadium genauestens angeschaut werden. Dass die SGA 2005 keine MV zur Parolenfassung beim Projektierungskredit machte, war im Rückblick ein schwerer Fehler. Denn so hätten wir vielleicht noch rechtzeitig gemerkt, dass unsere mit der Ja-Parole verknüpfte Forderung nach günstigen Wohnungen auf dem Bossardareal in dem PPP-Schema illusorisch war und dass die fehlende Beteiligung des Kantons und der teure Verkauf von städtischem Land zur Stadionfinanzierung ein veritabler Konstruktionsfehler war.

Zudem muss bei solchen Mega-Projekten schon beim Projektierungskredit das Profil ausgesteckt werden.

Ob unser Postulat für eine höhere Beteiligung des Kantons eine Chance hat, wird sich zeigen. Der Versuch ist es auf alle Fälle wert, und immerhin haben 13 von 18 Stadtzuger KR unterschrieben. Nur Silvia Thalman (CVP), Ruedi Balsiger (FDP) und die drei SVP Mannen Häcki, Stöckli und Villiger wollen nicht mehr Geld vom Kanton.

Das schlechte Standing der Stadt innerhalb des Kantonsrates darf auf jeden Fall nicht einfach als gottgegeben hingenommen werden.

Die Realisierung des Grossprojektes werden die Alternativen der Stadt mit einem wachsamen Auge begleiten, denn noch sind einige Fragen offen (Sicherheit, Lärmbelastung, Nutzung Stierenmarktareal, Quartiereinrichtungen im Scheibenhaus). Und mit einer Motion setzt sich die AL für den Bau von 170 günstigen Wohnungen durch die Stadt ein – quasi als Ergänzung für die «mittelpreisigen» 170 Wohnungen auf dem Bossardareal. ■

Der tiefe Fall des Bertrand Chollet

Franz Stoller, freier Journalist, Zug | Illustration BULLETIN

20

Im Bulletin Nr. 4 / 2000 berichteten wir über den «Aufstieg des Wasserträgers Bertrand Chollet, Treuhänder mit Wohnsitz in Wettswil und Geschäfts-sitz in Zug, zum ‚unwissenden‘ Mafia-Experten». Inzwischen gibt es Neues von Chollet zu berichten.

Noch vor zehn Jahren war der Zuger «Treuhänder» Bertrand Chollet der unbestrittene Star unter den Zuger Aktienmantelhändlern. Ausländische Kunden sind bereit, für eine solche inhaltslose Schweizer Aktiengesellschaft mehrere Tausend Franken auf den Tisch zu legen, um damit Steuerfluchtgelder vor dem Fiskus zu verstecken. Das Geld wird einfach in diesen inaktiven Hüllen «parkiert». Als angenehmen Nebeneffekt verfügen diese Firmen meist noch über eine funktionierende Bankverbindung, was die Umgehung des Geldwäschereigesetzes spürbar erleichtert.

Viel Geld mit Aktienmänteln

Chollets illustre Kunden aus unserem südlichen Nachbarland sowie aus osteuropäischen Ländern bedienten sich gerne aus dem reichen Fundus an so genannten «Vorratsgesellschaften», wie diese heute im Treuhänderdeutsch beschönigend heissen. «Aktienmantelfirma» klingt schliesslich etwas gar anrühlich. Das Geschäft lief jahrelang ausgezeichnet. Chollet agierte aber oftmals etwas naiv und unvorsichtig. Er war mehrmals in polizeiliche Ermittlungsverfahren involviert, die aufgrund von Rechtshilfesuchen ausländischer Staatsanwaltschaften geführt werden mussten. Die Staatsanwaltschaft des süditalienische Catania bezeichnete Chollet gar als Helfershelfer der italienischen Mafia. Dies rief auch die Bundesanwaltschaft auf den Plan. Die damalige Vorsteherin Carla del Ponte kam eigenartigerweise zu einem anderen Schluss als ihre italienischen Berufskollegen und erteilte Chollet vermutlich zu Unrecht einen Persilschein. Sie stellte

ihn als unwissendes «Opfer» dar, das von seinen Geschäftspartnern hinters Licht geführt worden sei.

Das Kartenhaus fällt...

Chollet betreute mehrere berühmt-berühmte Kunden – unter anderem Behring-Anwalt Peter Weibel und Grossbetrüger Alfred C. Clavadetscher. Als Folge davon blieb die «seriöse Kundschaft» – d.h. diejenigen, die nur Steuervermeidungsvehikel suchten – mehrheitlich aus und wichtige Einnahmen aus dem Aktienmantel- und Steuerdomizilhandel fehlten. Chollet setzte nun notgedrungen auf eine Vorwärtsstrategie und holte sich mit Andreas Strasser einen Mitarbeiter mit den nötigen Fachdiplomen in seine Firmengruppe. Damit sollte ein «seriöser Eindruck» erweckt und neue Kunden akquiriert werden.

Doch der Entscheid, zu allem noch einen SRO (SRO = Selbstregulierungsorganisation) zugelassenen Wirtschaftsprüfer beizuziehen, war Chollets grösster Schnitzer. Dieser Wirtschaftsprüfer stellte nämlich ziemlich rasch fest, dass Chollets Qualy-Swiss Gruppe faktisch pleite war. 2002/2003 fiel das Firmenkartenhaus durch zahlreiche Konkursöffnungen in sich zusammen und Chollet stand vor einem Scherbenhaufen.

...und Chollet wird verurteilt

Als weiterer Tiefschlag kamen noch verschiedene Strafuntersuchungen in Zusammenhang mit Anlagebetrügereien in Deutschland gegen ihn dazu. Ein ausländischer Kunde verklagte ihn gar, weil er über 500'000 Franken von dessen Kundenkonto «abgehoben» hatte. Das Zuger Obergericht verurteilte Chollet in die-

sem Fall zu einer mehrmonatigen bedingten Gefängnisstrafe und widerrief eine andere bedingte Strafe von drei Monaten – als Warnschuss. Auch in diesem Fall sah er sich als Opfer und rief das Bundesgericht in Lausanne an, doch dieses bestätigte das Urteil der Vorinstanzen.

Das Stehaufmännchen...

Aber unser Protagonist ist ein Stehaufmännchen. Obwohl privat, finanziell und geschäftlich arg gebeutelt – laut seiner damaligen Aussage vor dem Zuger Strafergericht von seiner Ehefrau getrennt und auf dem Existenzminimum lebend – wolle er einen Neuanfang wagen. Keine unbekannte Situation für ihn: Schon anfangs der 90er-Jahre musste er einen Privatkonkurs über sich ergehen lassen. Mit der Firma Quest Consulting AG, bei der er als Angestellter tätig sei, berate er nun Nonprofit-Gesellschaften, gab er den Richtern gegenüber zu Protokoll.

...neu mit Anlagebetrug

Alles lusch, wie sich herausstellte. Der Verwaltungsratspräsident von Quest Consulting, Claudio Colomba, war bei der Justiz kein unbeschriebenes Blatt. Er war in den Handel und Vertrieb illegaler Heilmittel verwickelt. War unser knallharter «Finanzhai» plötzlich zum Gutmenschen geläutert, vom Saulus zum Paulus geworden?

Mitnichten! Zu diesem Schluss kam die Eidgenössische Bankenkommision (EBK), als sie die Anlagebetrugsvehikel «NICSTIC», «Hematec Holding AG» und «Max-Entertainment AG» im Jahr 2007 schloss. In diesen Firmen hatte unser Spezi im Verwaltungsrat oder im Hintergrund als Berater und Projektleiter federführend mitgewirkt.

Das Schema war ganz einfach: Man verkaufe die Aktien von Startup Firmen mit einem Rappen Nennwert zu einem Preis von über zehn Franken – unter Vortäuschung gros-

ser Visionen und Ankündigung von Börsengängen, die dann nie stattfanden. Dieser Aktienmüll wurde dann von gewieften Telefonverkäufern mit teils fragwürdigen Verkaufsmethoden an den Mann beziehungsweise an die Frau gebracht. Zusätzlich wurden mit diesen wertlosen Aktien als Sacheinlage auch zu Dutzenden neue Firmen gegründet. Reine Schwindelgründungen (Non Valeurs), wie ein bekannter Zuger Treuhänder meinte.

Der Grossteil der so eingesammelten Gelder verschwand mehrheitlich in den Taschen der Initianten. Die Untersuchungen in diesen Fällen sind immer noch am Laufen und werden die Staatsanwaltschaft Zug und die von der EBK beauftragten Sachwalterfirmen noch einige Zeit beschäftigen. Die Rede ist von einer Deliktsumme von weit über 300 Millionen – der Konkurs der Zuger Sportmanagementfirma ISL mit rund 100 Millionen erscheint dagegen geradezu bescheiden.

Fertig lustig

In nächster Zeit wird unser Treuhänder ohne Treuhanddiplom geschäftlich und finanziell also kleinere Brötchen backen und sich neu orientieren müssen. Die EBK hat ihn und seine deutschen Kumpane beruflich faktisch lahmgelegt. Laut EBK-Verfügung ist ihnen jegliche Tätigkeit im Effektenhändlerbereich untersagt. Wohl oder übel muss Chollet gute Miene zum bösen Spiel machen. Schliesslich hat er sich mit der EBK einen mächtigen Gegner ausgesucht und diese wacht mit Argusaugen über die Finanzmediäre. Die EBK hat annähernd ein Dutzend Firmen im Umfeld von Chollet und seiner Gefolgschaft im Kanton Zug wegen fehlender Effektenhändlerbewilligungen geschlossen.

Wer aber Bertrand kennt, kann davon ausgehen, dass er vermutlich in irgendeiner Form als «Phönix



Wegen Verdacht auf Anlagebetrug in Liquidation.

aus der Asche» auferstehen und neue Projekte nach altem Muster anreissen wird. Aus seinem Bekanntenkreis war nur zu erfahren, dass er nun versuche, mittels estoterischen Seminaren seinen privaten Schuldenberg abzutragen. Für eine Stellungnahme war Herr Chollet einmal mehr nicht erreichbar, seine drei Handynummern sind allesamt nicht mehr in Betrieb. Auch die Kantonspolizei Zürich und zahlreiche Gläubiger interessieren sich für seinen Aufenthaltsort... Es sieht so aus, als würde der mit

allen Wassern gewaschene Chollet nun definitiv im Netz der Justiz zappeln und diesmal nicht mit bedingten Schuldsprüchen belohnt werden – zu schwerwiegend sind die Vorwürfe gegen ihn. Ob ihm als rhetorischer Meister das alte Sprichwort «Ein guter Kaufmann muss auch mit dem Glasauge weinen können» bei seinen nächsten Gerichtsterminen dienlich sein wird, ist stark zu bezweifeln. Denn dort wird anhand der Akten und nicht des Tränenflusses entschieden. Göttin Justizia sei Dank. ■

Ein Boom mit Schattenseiten (Teil 2)

Stephan Suhner, Fachstellenleiter des ASK | Bild Stephan Suhner

22

Agrotreibstoffe sind zu einem Modethema geworden. Doch wo der Profit lockt, ist die Ausbeutung nicht mehr weit. Der Autor stellt die Probleme am Beispiel Kolumbiens dar.

Kolumbien will zu einem der grössten Produzenten von Agrotreibstoffen werden. Der Anbau von Energiepflanzen meist in Monokultur für Agrotreibstoffe ist das wichtigste Entwicklungsprojekt für den ländlichen Raum. Der Star ist die Ölpalme, angebaut werden aber auch Zuckerrohr, Mais, Zuckerrüben, Jatropha, tropische Nussarten und Yucca. Auf den Plantagen herrschen meistens sehr schlechte Arbeitsbedingungen. Die Arbeiter ernten im Akkord, die gefährliche Arbeit führt zu Unfällen, und der Umgang mit Chemikalien erfolgt häufig ohne ausreichende Schutzkleidung. NGOs und Gewerkschaften sprechen in einigen Zonen von zwangsarbeitsähnlichen Zuständen: Die Leute haben kaum wirtschaftliche Alternativen, sind durch die Kontrolle bewaffneter Gruppen zur Arbeit auf den Plantagen gezwungen und werden nur mit Gutscheinen und Naturalien entlohnt.

Koalition von Armee und Paramilitärs

Boden, der in den letzten 20 Jahren gewaltsam den Kleinbauern, Indigenen und Afrokolumbianern entrissen wurde, wird nun der Produktion von Agrotreibstoffen zugeführt. Drogenhändler und Paramilitärs haben sich etwa vier bis sechs Millionen Hektaren Land gewaltsam angeeignet. Besonders krass ist die Situation im Pazifikdepartement Chocó: 1997 wurden zehntausende Afrokolumbianer durch eine gemeinsame Operation der Armee und der Paramilitärs von ihren traditionellen Siedlungsgebieten vertrieben. Die Vertriebenen erreichten immerhin, dass ihnen ihr Territorium vom Staat als

kollektiver Landbesitz überschrieben wurde. Als Jahre später erste Gruppen zurückkehrten, fanden sie ihr Land abgeholzt und mit Palmen bepflanzt vor. Bis heute kämpfen sie um die effektive Rückgabe ihres Landes und um konkrete Sicherheitsmassnahmen, da die Bedrohungen durch paramilitärische Gruppen weiter anhalten.

Trügerisches Megaprojekt mit europäischer Unterstützung

Ein besonders wahnwitziges Projekt ist aber im Departement Vichada im äussersten Osten Kolumbiens geplant. Hier sollen bis zu 6,3 Mio. Hektaren natürliche Savanne mit Eukalyptus, Ölpalme, Kautschuk, Jatropha, Akazien und karibischer Föhre aufgeforstet werden. Die Ziele, die mit diesem Megaprojekt verbunden sind, erscheinen ambitioniert: Der tropische Regenwald soll regeneriert und Zehntausenden Coca-bauern und illegalen Kämpfern zu Arbeit verholfen werden. Die Väter dieses Projekts sind der umstrittene kolumbianische Ökopionier Paolo Lugari und der Schweizer Günther Pauli, Vorsteher der Zero Emissions Research Initiative ZERI. Das Projekt wird vom Verteidigungsministerium und dem kolumbianischen Präsidialamt unterstützt. Spanische Firmen sind am Export der rohen Palmöls interessiert, um es im Nordspanischen Hafen von Gijón zu Biodiesel zu verarbeiten. Um den Abtransport des Öls zu vereinfachen, haben die Unternehmen die Flüsse Orinoco und Meta schiffbar gemacht. Der Río Meta hat dabei traurige Berühmtheit erlangt, soll er doch als erster Fluss privatisiert werden. Hinter einer der Biodieselfirmen in Asturien, der Firma Grupo Jiménez Belinchón,



Der Fluss Río Meta soll als erster Fluss privatisiert werden.

stehen auch Schweizer: die Vermögensverwalter Vanotti & Partner aus dem zürcherischen Meilen besitzen 98,8% von Jiménez Belinchón. Tragischerweise findet das Projekt auch bei japanischen und europäischen Regierungen und Investoren regen Zuspruch. Völlig offen ist die Frage, was für Auswirkungen die Aufforstung natürlicher Savanne auf die Ökosysteme hat. Unter den Tisch gekehrt wird auch die Tatsache, dass die Paramilitärs über diese Gebiete fast vollständige Kontrolle ausüben und systematische Menschenrechtsverletzungen und schwere Massaker begangen haben. Wegen des Megaprojekts wird massiv in den Aufkauf von Land investiert, und unzählige Kleinbauern wurden vertrieben. Besonders betroffen sind aber mehrere indigene Stämme, die teilweise in offiziellen Plänen in diesem vermeintlichen Niemandland nicht einmal existieren! ■

Zuerst das Fressen und dann die Moral

Nick Mijnsen, Zug

Heute könnte die Ökologisierung der Wirtschaft – kurzfristig gesehen ein Luxus – zur Frage des Überlebens werden: das der Menschheit und «unseres» Planeten überhaupt. Eine Zyklusreihe nimmt sich in den kommenden Monaten dieser Thematik an. Sie will die Nachhaltigkeit im lokalen und globalen Zusammenhang diskutieren.

Noch vor kurzem wurde in einem Umweltgremium von bürgerlichen Mitgliedern die Notwendigkeit eines Umweltleitbildes für ihre Parteien bestritten. Ein Vertreter brachte es auf den Punkt: Dafür gebe es ja schliesslich eine andere Partei! Bitte jetzt nicht mit Steinen schmeissen: Im links-grünen Spektrum könnte die Antwort nämlich reziprok ausfallen. Zu lange wurde die Wirtschaft als Thema der politischen Gegner betrachtet, Ökonomie mit Ausbeutung identifiziert und das private und öffentliche Wirtschaften den anderen überlassen. Aus der Perspektive globaler Gefahr verlieren sich «bewährte» politische Gegensätze. Niemand kann sich den drängenden Fragen für unseren «blauen Planeten» entziehen, wie: Können wir uns die Entwicklung zu einer ökologischen Weltwirtschaft wirtschaftlich leisten? Und umgekehrt: Können wir es uns noch leisten zu wirtschaften, ohne die längerfristige Perspektive des Überlebens zu beachten?

Nachhaltigkeit

Der Bericht des Club of Rome (1972) hat «Nachhaltigkeit» zum Begriff gemacht, die populäre Betrachtungsweise sieht dabei den ökologischen Aspekt im Vordergrund.

Die Projektgruppe Nachhaltigkeit (Andi Hürlimann, Anita Diethelm, Marianne Zehnder, Nick Mijnsen und Susanne Koch) sucht noch Verstärkung aus allen Gemeinden. Bei Interesse: nmijnsen@bluwin.ch

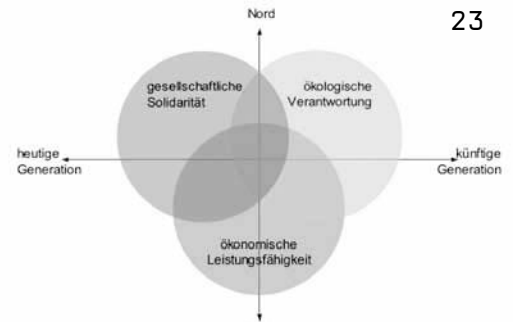
Im Drei-Dimensionen-Modell baut der Begriff der Nachhaltigkeit allerdings als «Zustand des globalen Gleichgewichts» auf der Gleichberechtigung von Umwelt, Sozialem und Wirtschaft auf.

Zitat Wikipedia:

- Die ökologische Nachhaltigkeit umschreibt die Zieldimension, Natur und Umwelt für die nachfolgenden Generationen zu erhalten. Dies umfasst den Erhalt der Artenvielfalt, den Klimaschutz, die Pflege von Kultur- und Landschaftsräumen.
- Die ökonomische Nachhaltigkeit stellt das Postulat auf, dass die Wirtschaftsweise so angelegt ist, dass sie dauerhaft eine tragfähige Grundlage für Erwerb und Wohlstand bietet. Von besonderer Bedeutung ist hier der Schutz wirtschaftlicher Ressourcen vor Ausbeutung.
- Die soziale Nachhaltigkeit versteht die Entwicklung der Gesellschaft als einen Weg, der Partizipation für alle Mitglieder einer Gemeinschaft ermöglicht. Dies umfasst einen Ausgleich sozialer Kräfte mit dem Ziel, eine auf Dauer zukunftsfähige, lebenswerte Gesellschaft zu erreichen.

Diskussionszyklus Nachhaltigkeit

Die Alternativen des Kantons Zug bekämpfen im Wirtschaftskanton Zug auch die fatalen Folgen der einseitigen Vertretung der Wirtschaftsinteressen in der Politik. Um in Wirtschaftsfragen die Ökologie besser einzubringen, braucht es Kompetenzen – noch keine Selbstverständlichkeit im links-grünen Spektrum – weil es sehr viele Zusammenhänge gibt, die diskutiert



Das Drei-Dimensionen-Konzept.

und aufgearbeitet werden müssen. Eine Projektgruppe der Alternativen Zug will mit einem Diskussions-Zyklus über eineinhalb Jahre diese wichtige Diskussion führen und das Thema vertiefen.

Der Zyklus startet mit dem Thema «Mit Steuern steuern – Wohin?» am 8. Mai um 19.30 Uhr im Casino Zug. Neben den drei Säulen der Nachhaltigkeit wird für das Steuer-Thema zusätzlich die Gerechtigkeit im lokalen und globalen Zusammenhang diskutiert. Ein Referat eines Vertreters der «Erklärung von Bern» wird die Diskussion anstossen.

Weitere drei Veranstaltungen zu den Themen «Was ist Wirtschaft?», «Staatshaushalt und Ausgabenpolitik», «Demographie und Rentenfinanzierung» sind dieses Jahr geplant, die zwei letzten zu den Themen «Ökonomie als Chance für die Grünen» und «Ökologie als Chance für die Wirtschaft» für nächstes Jahr. Exakte Daten kann man der Website der Alternativen entnehmen (www.alternative-zug.ch). ■



Matthias Gräzer & Susanne Giger, Buchhandlung Schmidgasse



Rolf Lappert, Nach Hause schwimmen

Ein Highlight dieses Bücherfrühlings ist ganz bestimmt der Roman «Nach Hause schwimmen» des Schweizer Autors Rolf Lappert. Wilbur, nur 1,50 Meter gross, träumt so stark zu sein wie Bruce Willis. Und er braucht wahrlich viel Stärke, um mit all den Schicksalsschlägen in seinem Leben fertig zu werden. Seine Mutter stirbt bei der Geburt, sein Vater macht sich aus dem Staub. Er wächst bei seinen Grosseltern in Irland auf, wo er die Wunder der Kindheit erlebt und sich zu Hause fühlt. Doch das Glück währt nicht lange; seine Grossmutter stirbt bei einem tragischen Unfall, sein Grossvater vegetiert in einem Altersheim dahin. Rolf Lappert schreibt wunderbar leichtfüssig, ausschweifend, aber niemals langweilig über das Erwachsenwerden dieses lebenswürdigen kleinen Schelms. Lesenswert! *Rolf Lappert, Nach Hause schwimmen, Hanser, 2008*



Asli Erdogan, Die Stadt mit der roten Pelerine

In der Türkischen Bibliothek des Unionsverlages ist das Buch «Die Stadt mit der roten Pelerine» von Asli Erdogan erschienen. Die türkische Autorin schreibt über Rio de Janeiro, wo sie selbst zwei Jahre lebte. Seite um Seite gerät man stärker in den Sog dieser riesigen Stadt. Die sengende Hitze, die Rastlosigkeit, der unregelmässige Puls, die brasilianischen Rhythmen sind bei der Lektüre dieses Buches physisch spürbar. Doch hinter der Maske des Karnevals verstecken sich tausend unfassbare Gesichter. «Die Stadt mit der roten Pelerine» ist ein beeindruckendes Buch, das Fragen aufwirft und auch nach der Lektüre noch lange nachhallt. *Asli Erdogan, Die Stadt mit der roten Pelerine, Unionsverlag, 2008*



Matt Benjon Rees, Der Verräter von Bethlehem
Omar Jussuf ist der Anti-

held schlechthin. Und darum umso überzeugender. Er lebt als Geschichtslehrer in Bethlehem und ist ein aufgeklärter und streitbarer Mann. Trotzdem kann er es nicht verhindern, dass einer seiner ehemaligen Schüler, der der christlichen Minderheit angehört, unschuldig verurteilt wird. Eine tragische Geschichte, die uns am palästinensischen Alltag teilhaben lässt und die politischen Verhältnisse überzeugend aufzeigt. Ich halte das Buch für ausserordentlich überzeugend, obwohl oder vielleicht gerade darum, weil es von einem Amerikaner geschrieben wurde. *Matt Benjon Rees, Der Verräter von Bethlehem – Omar Jussufs erster Fall, C.H. Beck, 2008*



Dirk C. Fleck, Das Tahiti-Projekt

Eine Geschichte, die uns ins Jahr 2022 führt. Schon wollte ich das Leseexemplar weglegen. Normalerweise mag und lese ich keine Zukunftsromane. Ich habe genug zu tun mit dem Hier und Jetzt und der Vergangenheit. Auf Empfehlung eines Freundes, der den Autor gut kennt, habe ich mich dann doch an den «spannenden Ökothriller der

Extraklasse» herangewagt. Seither träume ich von Tahiti. Marlon Brando, Gauguin und all die anderen lassen grüssen. Cording, ehemals idealistischer Spitzenheld des kritischen Journalismus ist nahe daran, den Mut zu verlieren. Düster sieht es aus in Europa. Müde ist er von den vielen Rechercheisen zu den zerstörten Orten der Welt. Als er den Auftrag erhält, aus Tahiti über das dortige Projekt eines ökologischen und ethisch vertretbaren alternativen Lebenskonzepts zu berichten, sieht er darin eine wohlverdiente Auszeit. Aber da täuscht er sich gewaltig. Denn kaum angekommen, beginnt für ihn der Ökothriller, den ich schlussendlich mit grossem Genuss und Interesse gelesen habe. Wenn alles klappt, wird Dirk C. Fleck am 8. Juni auf Einladung der Buchhandlung Schmidgasse nach Zug kommen. *Dirk C. Fleck, Das Tahiti-Projekt, Pendo, 2008.* ■

Veranstaltungshinweis:
Auf Einladung der Schmidgasse liest Martin Suter am Sonntag, dem 4. Mai, um 11.00 Uhr im Kino Seehof in Zug.



Der Termin für die Euro 08 rückt näher. Die Wirkung des Megaprojektes ist weniger sportlich denn kommerziell. Es spült einen dreistelligen Millionenbetrag in die Kassen der **Fifa**. Und schlägt diversen Jugend-Präventionsprojekten miten ins Gesicht. Die WoZ hat's unlängst auf den Punkt gebracht: «Der **Barnetta Tranquillo** übrigens, der gegenwärtig auf schätzungsweise 400'000 Bierkartons Jung und Alt zum Ölen animiert, hat noch ein paar andere lässige Sponsoren: **EA Sports** zum Beispiel oder **McDonald's** oder **Nestlé-Frisco**. Jetzt stell ich mir vor, ich wär so ein Jugendlicher. Ich möchte so sein wie Tranquillo, er ist mein Vorbild. Also saufe ich **Carlsberg**, so viel wie möglich, game mir einen ab, fress dazu täglich ein Big-Mac-Menü und gönn mir zum Dessert ein Cornet.»

Beim «**Zuger Gewerbe aktuell**» hat man offenbar gemerkt, dass **Federico** alias **Blick-Sportredaktor Freddy Trütsch** vielleicht besser keine Editorials mehr schreibt. Das ist noch nicht bis zu den KMU Frauen im Gewerbeverband vorgedrungen: Die lassen sich am 8. April von selbigem in die Geheimnisse von «PR und Journalismus» einweihen.

Das hat der Chefredaktor der **Zuger Presse** nicht

nötig. An die monatliche Auto-Beilage in der ZP hat sich der heimische Papierkorb inzwischen gewöhnt. Jetzt machen sich die Auto-Interessen aber immer mehr auch im redaktionellen Teil breit. Den Vogel abgeschossen hat die Nummer vom 5. März: Staukosten, ein langes, unterwürfiges Interview des Chefredaktors mit Autobeilagen-Sponsor und **AMAG-Zug-Boss Hans Wickart** und schliesslich ein Artikel über die «grüne BP», der wahrscheinlich direkt von der BP PR-Abteilung übernommen worden ist.

Im ZP-Interview vermisst **Autoverkäufer Wickart** im kantonalen Energieleitbild als Umweltschutzmassnahme eine «**Verschrottungsprämie**» für alte Autos. Natürlich völlig uneigennützig. Wir sähen da eher eine «Verschrottungsprämie» für die ZP.

Ach Ja, für das Energieleitbild selber hatte es dann noch Platz in einem kleinen Kästchen. Die ZP setzt halt Prioritäten!

Die Prioritäten anders setzen tut der neue Präsident der Freisinnigen. Die «**FDP will volksnaher politisieren**». So titelt die Neue ZZ beim Führungswechsel in der FDP anfangs März. ‚Was! – noch ‚volksnäher???' schießt es einem durch den Kopf – eingedenk der penetranten



Die Karikatur des Jahres 2007 – aus dem TA vom 24.12.07.

Plakataktion «**Ich bin liberal, weil blablabla**» vom letzten Sommer (siehe Frontal Nr. 2/07). Also z.B. nicht nur die Trottoirs in Zug mit Plakaten vollstellen, sondern mitten auf die Strasse damit? Das würde immerhin den Verkehr etwas reduzieren...

«Einfacher kommunizieren» will der neue **FDP-Parteichef Kleeb**. Einfach ist deshalb unser Vorschlag für die nächste freisinnige Plakataktion: «Ich bin liberal.» Punkt. Das verstehen sogar die SVP Wähler. Und das Risiko, dass die anderen WählerInnen die Widersprüche zwischen Worten auf den Plakaten und Taten in der realen Politik checken, ist gleich null.

«**Eine einfache Politik betreiben**» will Kleeb. Noch einfacher? Verkehr: Strassen bauen. Steuern: Senken für die Reichen. Günstige Wohnungen: Können ja in andere Kantone ziehen. Energie: AKWs bauen.

Ziele für die kantonalen Wahlen 2010 nannte Kleeb keine. Aber 2011, da wollen sie den Nationalratssitz zurück haben. Ähh – pardon: er.

Immerhin einen Pluspunkt hat die FDP jetzt: **Andrea Hodel** hat sich verabschiedet. Mit einem letzten guten Rat an die

Partei: «**Immer wenn wir etwas Neues gewagt haben, sind wir weitergekommen.**» Wir erinnern uns: die letzte Erfindung der FDP war die grosse bürgerliche Liste bei den Nationalratswahlen. Hat die FDP tatsächlich weiter gebracht: näher an den politischen Abgrund.

Das heisst, fairerweise ist der Pluspunkt zu relativieren: Er gilt nur für nach aussen. Nach innen sieht das ganz anders aus. In der Kantonsratsfraktion prügeln sie sich schon darum, wer das enorme Arbeitspensum von Hodel übernehmen darf.

Da hat's **die Stadtzuger SVP** doch leichter. Die regelmässigen Befehlsausgaben von Parteichef **Brandenberg** tun's auch – natürlich mit Hissen der SVP-Fahne. Ausnahme: die Befehlsausgabe nach gewonnener Eisstadion Abstimmung. Es sei stossend, dass Zug das Stadion alleine finanzieren müsse, «seine» Kantonsräte müssten da für Nachbesserung sorgen – so tönte Brandenburg an der offiziellen Medienkonferenz. Resultat: Von der Stadtzuger **SVP-Troika Häcki-Stöckli-Villiger** unterschrieb keiner das von den Alternativen lancierte Postulat für einen substantiell höheren Kantonsbeitrag. Da muss wohl noch etwas nach-exerziert werden. ■





26

FLIZ-Programm im Kino
Gotthard

Donnerstag, 27. März 2008, 20:00 Uhr
PRATER – von *Ulrike Ottinger als Schweizer Premiere!*

Dienstag, 8. April 2008, 19:00 Uhr
GV im Theater im Burgbachkeller mit Überraschungsprogramm (Diplomfilme Animation HGK Luzern 2006 und 2007)

Montag, 14. April 2008, 20:00 Uhr
MAX FRISCH, CITO-YEN – von *Matthias von Gunten*
Matthias von Gunten's Film spürt vor dem Hintergrund des ausgehenden 20. Jahrhunderts dem Schriftsteller Max Frisch nach: Eine Reise durch seine Texte und Reden, die zwischen Politik und Poesie auch immer die eigene Haltung und das eigene Urteil suchen. Wichtige Freunde und Bekannte erzählen von ihren Begegnungen; heute fragt man ja nach dem fehlenden Diskurs und der Stellungnahme Schweizer Intellektueller zum Zeitgeschehen und denkt an Frisch und Dürrenmatt als die letzten, die sich einmischten. (Matthias von Gunten ist anwesend)

Montag, 28. April 2008, 20:00 Uhr
FELTRINELLI – von *Alessandro Rosetto*
Er erzählt die Geschichte

des grossen italienischen Verlags «La Feltrinelli». Eine Geschichte, die sich mit der Entdeckung von Literatur beschäftigt und einer Welt, die durch Bücher verändert wurde. Giangiacomo Feltrinelli, geb. 1926, war der legendäre Verleger und Revolutionär, der «mit seinem Kopf in den Wolken und seinen Füßen auf dem Boden steht» – und der 1972 bei einem missglückten Anschlag auf einen Starkstrommast bei Mailand ums Leben kam. Er war Partisane, politischer Playboy und später radikal linker Revolutionär: mit Fidel Castro, Che Guevara, Boris Pasternak und Gabriel García Marquez befreundet. Sein Sohn Carlo führt heute die Verlagsgeschäfte und wir begegnen auch Doris Lessing, Amos Oz etc. und bekommen Einblicke in das heutige Literaturgeschäft, das sich der Zeit anpassen musste – auch der Kommerzialisierung der Kultur! (Alessandro Rosetto ist anwesend)

Montag, 19. Mai 2008, 20:00 Uhr
MEIN BRUDER, DER DIRIGENT – von *Alberto Venzago*
Der Film entstand bei den Proben zur halbzenischen Aufführung von Othmar Schoecks Kleist-Oper «Penthesilea» 1999 im KKL Luzern. Alberto Venzago, der den Film über seinen um zwei Jahre jüngeren Bruder (1948) drehte, ist

als gesellschaftspolitisch engagierter Fotograf und Filmemacher bekannt geworden – sein Bruder Mario leitet heute die Sinfonieorchester von Indianapolis und Göteborg. Die Familie Venzago hat etliche Jahre in Zug gewohnt und etliche Spuren hinterlassen. Der Film ist geprägt von der sehr engen Bindung zwischen den Brüdern, was ihn zu einem ungewöhnlichen Dokument macht! Wir freuen uns auf das Wiedersehen und planen auch eine Ausstellung mit Fotografien von Alberto Venzago im Frühherbst! (Alberto Venzago ist anwesend)

Montag, 9. Juni 2008, 20:00 Uhr
LOST IN LIBERIA – von *Luzia Schmid*
Der erste Einsatz einer jungen irischen IKRK-Delegierten in Liberia. Wir erhalten intensive Einblicke in die Arbeit der Familienzusammenführung, anstrengende Begegnungen mit korrupten Warlords, die Scheu der ehemaligen Kindersoldaten. Es wird klar, unter welchen schwierigen Bedingungen humanitäre Arbeit stattfindet, wie beschränkt sie ist und doch notwendig. Luzia Schmid – aus Zug gebürtig – wird uns Interessantes zu berichten haben: über die Dreharbeiten, über das IKRK und ihre Eindrücke und Möglichkeiten, so einen Film zu machen. (Luzia Schmid ist anwesend) ■



DI, 31. März: Generalversammlung KriFo Cham
19:30 Uhr, Lorzensaal, Cham

SA, 29. März: Politikaffee Alternative Baar
09:30 - 11:00 Uhr, Park-Café (Martinspark), Baar

MI, 2. April: Alternative Monatsbar
18:30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug
Mit Köchinnen und Köchen der Frischen Brise Steinhausen

SA 5. April: Velobörse Pro Velo
ab 08:00 Uhr, Stierenmarktareal in Zug, www.igvelozug.ch

SA, 12. April: Ortsplanungs-Workshop
09:00 - 13:00 Uhr, Dachstock Stadt- und Kantonsbibliothek, Zug
Ortsplanungs-Workshop der Alternative Stadt Zug

SA, 12. April: Dorfmärtskafi Gleis 3 Risch
09:00 - 12:00 Uhr, Dorfmattplatz, Rotkreuz

SA 12. April: Baarer Velobörse
ab 08:00 Uhr, Schulhausplatz Marktgasse
Veranstalter: VELO OASE

MI, 7. Mai: Alternative Monatsbar
18:30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug
Mit Köchinnen und Köchen des Gleis 3 Risch

MI, 7. Mai: Generalversammlung des Vereins Das BULLETIN
20:00 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug



DO, 8. Mai: Mit Steuern steuern – Wohin?

19.30 Uhr, Casino Zug
1. Veranstaltung des Diskussionszyklus «Nachhaltigkeit» der Alternative Kanton Zug

DO, 8. Mai: Polit-Talk

20:00 Uhr, Frauenzentrale (eff-zett), Tirolerweg, Zug
Mit Regierungsrätin Manuela Weichelt-Picard

MI, 14. Mai: Mitgliederversammlung der Gesellschaft für ethische Fragen (GEF)

18:30 Uhr, Casa Rossa, Zug
Mit Referat von Josef Lang, Co-Präsident der Parlamentarischen Gruppe Menschenrechte

DO, 15. Mai: Generalversammlung Alternative Stadt Zug

19:30 Uhr, Centro Italiano, Metallstrasse, Zug

SO, 18. Mai: Politischer Lorze-Spaziergang

10:00 - 12:00 Uhr, weitere Infos unter www.alternative-baar.ch
Organisiert durch Alternative Baar, gemeinsam mit Alternative Stadt Zug

DI, 20. Mai: Generalversammlung Gleis 3 Risch

19:30 Uhr, Sitzungszimmer Zentrum Dorfmat, Rotkreuz
GV und besprechen der Traktanden zur Rischer Gemeindeversammlung

DI, 20. Mai: Generalversammlung Gleis 3 Risch

19:30 Uhr, Sitzungszimmer Zentrum Dorfmat, Rotkreuz
GV und besprechen der Traktanden zur Rischer Gemeindeversammlung

MI, 21. Mai: Religion und Rebellion, 40 Jahre 1968

20:00 Uhr, Stadt- und Kantonsbibliothek, Zug
Mit Josef Lang (Buchautor zu 40 Jahre 1968) und Christian Rutishauser (Lassalle-Haus)
Organisiert von Limmatverlag und Alternative Kanton Zug

MI, 4. Juni: Alternative Monatsbar

18:30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug
Mit Köchinnen und Köchen des Kritischen Forums Cham

DO, 10. Juni: Vollversammlung Alternative und SP Baar

19:30 Uhr, Restaurant SportInn Baar
Vollversammlung zur Gemeindeversammlung (Rechnungsmeind)

MI, 18. Juni: Generalversammlung Alternative Kanton Zug

19:00 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug

MI, 2. Juli: Alternative Monatsbar

18:30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug
Mit Köchinnen und Köchen der Freien Wähler Menzingen

Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative Kanton Zug
Postfach 4806, 6304 Zug
041 711 99 09

www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch
Öffnungszeiten Büro Alternative Kanton Zug:
MO, 14:00 - 18:00 Uhr
DO, 10:00 - 14:00 Uhr

Forum Oberägeri
Andreas Kuhn,
Lutisbachweg 9
6315 Oberägeri
www.forum-oberaegeri.ch
forum-oberaegeri@my-mail.ch

Freie Wähler Menzingen
Pia Rhyner, Präsidentin,
Eustr. 16, 6313 Menzingen,
Postfach 112, 6313 Menzingen
www.fw-menzingen.ch
pia@fw-menzingen.ch

Frische Brise Alternative Steinhausen
Postfach 123
6312 Steinhausen
www.frischebrise.ch
ursfalk@bluewin.ch

Gleis 3 Risch-Rotkreuz
Hanni Schriber,
Unterer Haldenweg 5
6343 Rotkreuz
www.gleis3.ch
hannischriber@gmx.ch

Krifo Alternative Cham
Esther Haas, Sonneggstrasse 11, 6330 Cham
haas-pousaz@gmx.ch

Alternative Stadt Zug
Postfach 4805, 6304 Zug
www.alternative-stadt.ch
info@alternative-stadt.ch

Alternative Baar
Postfach, 6340 Baar
www.alternative-baar.ch
info@alternative-baar.ch

Alternative Fraktion im Kantonsrat
www.alternativefraktion.ch

Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autorinnen und Autoren.

Bulletin Nr. 1, März 2008, erscheint viermal jährlich.
Herausgeber:

Verein DAS BULLETIN
Adresse: BULLETIN
Alternative Kanton Zug,
Postfach 4806, 6304 Zug,
E-Mail:
bulletin@ch.inter.net
Redaktion: Philipp Bischof, Natalie Chiodi, Hansjörg Glauser, Philippe Koch, Adelina Odermatt (Fotos), Martin Stuber
Produktion: DMG Zug
Gestaltungskonzept: S.H.E.D.

Belichtung und Druck: DMG Zug
Gedruckt auf Cyclus Print (100% Recycle Papier)
Nutzauflage: 1150 Exemplare
WEMF-bestätigte Auflage: 1025 Exemplare
Abonnement: Fr. 25.-;
KleinverdienerInnen Fr. 10.-, Unterstütsungsabo: Fr. 50.- Mitgliederbeitrag
Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.-
Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN,
6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss
Nr. 2/2008: Freitag,
6. Juni 2008
Erscheinungsdatum:
Donnerstag, 19. Juni 2008

«DAS BULLETIN» auf dem Internet unter www.bulletin-zug.ch

AZB 6304 ZUG

Adressberichtigungen melden:

Alternative Kanton Zug,

Postfach 4806, 6304 Zug

